

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 1/2020



Recht: neue Anspruchsberechtigte

Die Toten der Speziallager

Familie Mann und die DDR

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Härtefallfonds in Berlin beschlossen
Zeitzeugenarchiv für Kaßberg geplant
Historische Blindheit
Kommentar

Recht

- 4 Besser als gar nichts

Thema

- 5 Viele Tote warten noch auf ihre letzte Ruhe
- 6 Was geschah mit den Toten von Ketschendorf?

Geschichte

- 8 Familie Mann und die DDR
- 9 Ein lebender Staat im Prozeß der Versteinerung

Berichte

- 10 Fixierung aus „pädagogischen Gründen“
- 11 „Erfolgreich vergessen“
- 12 Albanien – das Land der Skipetaren

Verbände

- 14 Einladung zum Frauenkongreß nach Hoheneck
Gedenktafel für Wolfgang Ullmann
- 15 Suchanzeige
Nachtrag
Bundespräsident bei DDR-Bürgerrechtlern
- 16 Abschied
Sonderförderung
Malchow 2020
Neue Webseite

Service/Bücher

- 17 Die langen Schatten der Stasi
- 18 Bulgarien – Ein Fluchtweg, der eine Sackgasse war
- 19 Der kurze Frühling

Service/Veranstaltungen

- 18–19

Umschlagbild

Die letzten Reste von Haus 6 auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Hier könnte ein neuer Archivbau entstehen. Abriß und Neubau sind aber nicht unumstritten.

Foto: N. Radlitz

Editorial

Was bringt das Jahr 2020 für die Opfer von SED und Kommunismus?

Diese Frage kann ich umfassend noch nicht beantworten. Aber es gibt Schwerpunkte, die uns besonders wichtig sind. Eine unserer Forderungen, die Schaffung eines Kompetenzzentrums zur Begutachtung und Behandlung von SED-Opfern, die Schaden genommen haben, befindet sich auf der Zielgeraden. Der Deutsche Bundestag bzw. die Regierungsfraktionen haben in ihren Beschlüssen zum Ende letzten Jahres den Wunsch geäußert, ein solches Kompetenzzentrum zu gründen.

Hintergrund war, daß viele SED-Opfer, die gesundheitliche Schäden davongetragen haben, einen Gutachtermarathon hinter sich bringen mußten, um am Ende dann doch erst über die Gerichte ihr Recht, das aus den Schäden resultiert, einzuklagen. Diese unwürdige und unnötige Situation wollen wir verändern. Darum soll ein nationales Kompetenzzentrum mit hoher wissenschaftlicher Reputation – für die verschiedensten Opfergruppen von SED und Kommunismus – mit medizinischen Therapeuten, Beratern und Gutachtern ausgestattet werden.

Es kann nicht sein, daß ein Betroffener bei einem Landesamt mit einem psychologischen Gutachten vorspricht und einen Antrag stellt, der dann abgelehnt wird. Als nächstes beauftragt das Landesamt einen Gutachter, der ebenfalls die Schädigung feststellt, auch dieses vom Landesamt in Auftrag gegebene Gutachten wird nicht anerkannt, so daß das Gericht im strittigen Verfahren einen Gutachter beauftragt, der dann, wie in einem konkreten Fall geschehen, den Schaden feststellt.

Das Ganze hat sieben Jahre gedauert, und das sind sieben Jahre unterlassene Hilfeleistung und sieben Jahre nervenaufreibende Lebenszeit. Das wollen wir ändern, und ich kann Ihnen versichern, die Kleinarbeit bei diesem Projekt, das eigentlich selbstverständlich sein müßte, ist mühselig. Aber es wird gelingen.

Für das Jahr 2020 wünsche ich Ihnen alles Gute und verbleibe mit besten Grüßen

Ihr Dieter Dombrowski

Härtefallfonds in Berlin beschlossen

(sk) Am 14. Januar hat der Berliner Senat die Einrichtung eines Härtefallfonds für Berlinerinnen und Berliner beschlossen, die in der SBZ und DDR politisch verfolgt waren.

Laufende Kosten werden davon nicht abgedeckt. Die Betroffenen sollen nach-

haltige Hilfen erhalten, die sie aus einer gravierenden Problemlage herausbringen. Dazu gehören z.B. Unterstützungen bei Aus- und Fortbildungen, bei medizinischen Hilfen, bei der Schaffung und dem Erhalt selbstbestimmter Wohn- und Lebensmöglichkeiten, bei technischen Alltagshilfen und bei der Verbesserung

der Mobilität. Wie die Unterstützungsleistungen gewährt werden, muß noch in einer Richtlinie festgelegt werden. Organisatorisch wird der Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für den Fonds zuständig sein. Die Entscheidung über die Anträge wird ein Beirat begleiten. Für besondere Entschädigungen und Ausgleichszahlungen aus dem Fonds stehen im Doppelhaushalt 2020/2021 jährlich 100 000 Euro zur Verfügung. 

Zeitzeugenarchiv für Kaßberg geplant

(sf) Ende 2019 wurden dem Kaßberg-Gefängnis nach langer Wartezeit endlich die Fördermittel zugesagt. Vom Bund, dem Freistaat Sachsen und der Stadt Chemnitz erhält die Gedenkstätte insgesamt 3,4 Millionen Euro Unterstützung.

Seit 2011 kämpft der Verein „Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis“ bereits dafür, auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-U-Haftanstalt Kaßberg, der zentralen Durchgangsstation für alle aus DDR-Gefängnissen freigekauften politischen

Häftlinge einen Lern- und Gedenkort zu errichten. Mit der Zusage kann nun endlich der Umbau erfolgen. Dieser umfaßt verschiedene Projekte, so unter anderem den Umbau des Hafttraktes B, die Eröffnung einer Ausstellung und die Erstellung eines Zeitzeugenarchivs.

Das Zeitzeugenarchiv soll Betroffenen eine Plattform geben, sich zu treffen und auszutauschen. Wie das konkret aussehen soll, ist noch in der Planungsphase. Es wird auch über Workshops nachge-

dacht. Der Verein sucht nach Zeitzeugen, die einst im Kaßberg-Gefängnis inhaftiert waren. Viele Zeitzeugen melden sich von selbst bei dem Verein. Außerdem arbeiten dort bereits viele ehemalige Häftlinge ehrenamtlich. Für die Häftlinge, die damals über das Kaßberg-Gefängnis in den Westen freigekauft wurden, ist das Zeitzeugenarchiv sogar die einzige Anlaufstelle.

Nun wird ein Zeit- und Finanzplan erstellt, denn schon bald soll mit dem Umbau begonnen werden. Ab Herbst 2021 kann dann mit der Eröffnung gerechnet werden. 

Historische Blindheit

(bsa) Zur alljährlichen Liebkecht-Luxemburg-Demonstration am 12. Januar hat die Bundesstiftung Aufarbeitung auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde mit einem Kranz an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft erinnert. „Zur

Geschichte des Kommunismus gehören untrennbar staatliche Gewalt und massive Menschenrechtsverletzungen. Millionen Menschen wurden im Namen des Kommunismus verfolgt, entrechtet und ermordet“, sagte die Geschäftsführerin

der Stiftung, Dr. Anna Kaminsky. In der Vergangenheit haben Demonstrationsteilnehmer immer wieder gezeigt, daß sie die Geschichte des Kommunismus verherrlichen und verharmlosen. „Wer sich heute noch mit Plakaten zu Stalin, Lenin oder Mao bekennt, demonstriert vor allem die eigene historische Blindheit“, so Kaminsky. 

Kommentar

Über kommunistischen Zynismus

Zu den Lieblingsthemen der Partei, die sich Die Linke nennt, obwohl sie doch bis heute vor allem in den Parlamenten auf Landes- und Bundesebene durch ehemalige SED-Nomenklaturkader repräsentiert wird, gehört die Erzählung von den nicht anerkannten „Leistungen“ der ehemaligen Bewohner der DDR durch „den Westen“. Natürlich gibt es viele Millionen redliche Menschen, die trotz SED-Diktatur eine Lebensleistung erbracht haben, die anerkennenswert ist. Wer sich die Mühe macht, im Zahlenspiegel der 1980er Jahre nachzulesen, wieviel Arbeitszeit in Ost und West notwendig war, um die wichtigen Dinge des Lebens zu erwirtschaften, wird schnell fündig, denn bis auf wenige subventionierte Dinge wie Brot, Mieten, Kindergärten mußte der Werktätige im „Arbeiter-und-Bauernstaat“ sehr viel länger tätig sein, um sich einen kleinen Wohlstand zu schaffen.

Aber wie sieht es mit der Lebensleistung der SED-Parteimitglieder aus? Dem Ältestenrat der Linkspartei gehört bis heute das ehemalige NSDAP-Mitglied Hermann Klenner an. Seit 1946 ist er Mitglied der SED, außerdem

war er als „IM Klee“ für das MfS tätig war. Als die DDR ihn als ihren offiziellen Vertreter in die UNO-Menschenrechtskommission delegierte, mußte sie ihn auf Druck der USA wieder abziehen. Die New York Post kommentierte damals: „Die Ostdeutschen haben es zu ihrer regulären Praxis gemacht, anderen vorzuwerfen, ehemalige Nazis unterzubringen. Daß sie selbst in der UN von einem Ex-Nazi repräsentiert werden, ist ein interessanter Kommentar über kommunistischen Zynismus.“ Die Zeitung kannte natürlich die Fälle der Wehrmachts- und NVA-Generäle Vincenz Müller und Arno von Lenski, wobei der letztere sogar als Beisitzer am Volksgerichtshof von Roland Freisler an einem politischen Todesurteil beteiligt war, was aber seiner DDR-Karriere nicht schadete.

In der Volkskammer der DDR gab es von 1949 bis März 1990 das NSDAP- und SA-Mitglied Siegfried Dallmann. Eine besondere „Lebensleistung“ vollbrachte auch SED-Mitglied und MfS-Major Hermann Lorenz, der zwischen 1969 und 1981 zwanzig Menschen im Auftrag der SED-Justiz durch „Nahschuß ins Hinterhaupt“ ermordete, als Henker in Leipzig. Für jeden Mord bekam er 200 Mark der DDR. Keines der Todesurteile entsprach rechtsstaatlichen Grundsätzen.

Anton Odenthal

Besser als gar nichts

Neuer Kreis Anspruchsberechtigter bei der Stiftung in Bonn

Wie bereits in der letzten Ausgabe des Stacheldrahts angemerkt, an dieser Stelle einige Hinweise zu den Leistungen der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge im Zusammenhang mit der Novellierung der Opferentschädigungsgesetze, besonders für Betroffene von Spezialheimen oder vergleichbaren Einrichtungen, Kinder von politisch Verfolgten und hinsichtlich der Absenkung der 180-Tage-Regelung.

Die Absenkung der Hafttage-Grenze auf 90 Tage bedeutet, daß alle Betroffenen, die eine strafrechtliche Reha von unter 180, aber über 90 Tagen haben, einen Antrag auf die sogenannte Opferrente gemäß § 17a StrRehaG stellen können. Um finanzielle Verluste zu vermeiden, sollte dieser Antrag schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden, weil die Opferrente beginnend mit dem auf die Antragstellung folgenden Monat gezahlt wird und Nachzahlungen ausgeschlossen sind.

Laut Information der Stiftung in Bonn war es dieser ein großes Anliegen, alle künftigen Anspruchsberechtigten umgehend und umfassend über den eventuellen Anspruch nach § 17a zu informieren.

Sie hat deshalb alle Antragsteller aus den Jahren 2017 bis 2019 überprüft und diejenigen schriftlich informiert, die nach Aktenlage nun über der Hafttage-Grenze liegen. Das heißt, mit dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes sind für diese Personen keine Leistungen der Stiftung mehr möglich, soweit es die eigene Haftzeit betrifft. Es gibt weder ein Wahlrecht zwischen den Leistungen nach § 17a und 18 StreRehaG (Unterstützungsleistungen oder Opferrente), noch können laufende Anträge nach alter Rechtslage durch die Stiftung beschieden werden. Bereits

laufende Anträge für die Bewilligung ab 2020 mußten daher zwingend eingestellt und die Antragsteller entsprechend informiert werden.

Diejenigen, die z.B. nur 88 oder 89 Tage Haftzeit vorweisen konnten, wurden auf die Möglichkeit eines Härtefallantrags nach § 19 StreRehaG hingewiesen (besonders bei Wochenendentlassungen).

Wichtig: Doppelt Betroffene – also Personen, die gleichzeitig Hinterbliebene eines politischen Häftlings sind, können bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen auch neben der Opferrente weiterhin Leistungen der Stiftung erhalten.

Im StreRehaG wurde unter § 18 Absatz 4 ein neuer Anspruch eingeführt. Diese neu geschaffene Anspruchsgrundlage beinhaltet künftig Unterstützungsleistungen für diejenigen Personen, die u.a. zeitgleich mit der politischen Haft der Eltern oder eines Elternteils in einem Kinderheim untergebracht wurden, wobei es auf die Art des Heimes (Spezialheim, Durchgangsheim usw.) nicht ankommt. Neben diesem „Regelfall“ kann im konkreten Fall auch die Haft einer sonstigen Erziehungsperson (Tante, Großeltern, Freunde) maßgeblich sein, wenn diese den Betroffenen nicht nur vorübergehend in ihren Haushalt aufgenommen und dort gepflegt, erzogen und beaufsichtigt hat.

Für die Gewährung einer solchen Unterstützungsleistung gelten folgende Voraussetzungen:

- der Nachweis der wirtschaftlichen Bedürftigkeit entsprechend geltender Einkommensrichtwerte (Alleinstehende 1160€, 2-Personen-Haushalte 1580€, für jede weitere Person im Haushalt 525€)
- der Nachweis der politisch rechtsstaatswidrigen Haft der Eltern bzw. Erziehungsperson
- die zu dieser Haft zeitgleiche Unterbringung des Antragstellers in einem Heim sowie
- die rechtskräftig abgelehnte strafrechtliche Reha dieser Heimzeit.

Ausschließungsgründe nach § 16 Absatz 2 StreRehaG sind nur für die Person des Antragstellers relevant, nicht aber der Erziehungsperson.

Der Anspruch der Heimkinder auf eigene soziale Ausgleichsleistung wird anstelle eines Zweitantragsrechts umgesetzt, um das Schicksal der Betroffenen anzuerkennen und das erfahrene Unrecht zu mindern.

Nach dem Willen des Gesetzgebers hatte der Stiftungsrat daher bei der Neufassung der Richtlinien besonders den Umstand zu berücksichtigen, in welcher Höhe der Betroffene Leistungen hätte erhalten können, wenn er rehabilitiert worden wäre. Laut Mitteilung der Stiftung hat der Stiftungsrat mit den zuständigen Bundesministerien einen insgesamt sehr wohlwollenden, aber auch gegenüber den anderen Antragstellern ausgewogenen Kompromiß gefunden:

a) Die jährlich mögliche Unterstützungsleistung orientiert sich an der nach der Richtlinie absoluten Höchstgrenze von 4050 € pro Bewilligung. D.h. unabhängig von Alter, Schwerbehinderung oder sonstigen Faktoren erhalten die Betroffenen in den ersten drei Jahren diesen Höchstbetrag, der dann – wie bei allen Unterstützungsleistungen – im Laufe der weiteren Jahre prozentual sinkt. Dies entspricht in den ersten Jahren der Unterstützung der Höhe nach dem Bezug der sogenannten Opferrente, die dieser Personenkreis mangels Rehabilitation nicht erhalten kann.

b) Zur weiteren Kompensation des nicht-eingeräumten Zweitantragsrechts hat der Stiftungsrat eine zusätzliche einmalige Unterstützungsleistung verabschiedet: Betroffene, deren Reha-Antrag vor dem Inkrafttreten des Gesetzes rechtskräftig abgelehnt wurde, können auf Antrag eine zusätzliche Leistung bis zu 4050 € erhalten, wobei für die konkrete Höhe insbesondere die Dauer des Heimaufenthaltes zu berücksichtigen ist und in wie weit ein Sach- und Zeitzusammenhang zwischen der Heimunterbringung und der Haft der Erziehungsperson besteht. Diese Einmalzahlung sollte im Regelfall mit dem ersten Unterstützungsantrag beantragt und ausbezahlt werden.

Nähere Informationen und Anträge unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin
Förderverein für Beratungen

Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen
in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr
Freitag 8.00–14.00 Uhr

Viele Tote warten noch auf ihre letzte Ruhe

Insgesamt wurden durch die Russen an das Ministerium des Innern der DDR ca. 14.200 Häftlinge übergeben, und dazu gehören auch die rund 6.000 Häftlinge von Bautzen. Anfang 1950 wurden die drei letzten sowjetischen Speziallager in der SBZ/DDR (von ehemals zehn), darunter das größte Speziallager – Nr. 7/1 Sachsenhausen – von den Russen aufgelöst.

Im Rahmen der Auflösung wurden in Sachsenhausen mehr als 4.800 Häftlinge von den Russen an die DDR-Behörden übergeben. Vor dem Tor wurden sie von DDR-Volkspolizisten mit Kalaschnikows und Hunden empfangen und wie Schwerverbrecher behandelt. In Oranienburg wurden sie wie Vieh in Güterzüge getrieben. Die Häftlinge hatten noch Kleidung von der Verhaftung 1945/46 an, waren abgemagert und die Köpfe kahlgeschoren.

Es kamen

- ca. 1.230 (davon ca. 500 Jugendliche) in die Strafanstalt Untermaßfeld
- ca. 800 SMT-Verurteilte in die JVA Luckau
- ca. 720 Internierte (ohne Urteil) in das Gefängnis Waldheim
- mehr als 1.100 Frauen mit 30 Säuglingen und Kindern in das Frauengefängnis Burg Hoheneck/Erzgebirge
- die restlichen Häftlinge nach Torgau und Bautzen.

Die ca. 1.230 Häftlinge z.B. mußten in Untermaßfeld vom Bahnhof in die Strafanstalt laufen, wieder bewacht von Volkspolizisten mit Kalaschnikows und Hunden. Die Bevölkerung bekundete Mitleid mit den zerlumpten Elendsgestalten.

Am 16.2.1950 veröffentlichte die SED-gelenkte Zeitung „Thüringer Volk“ einen Artikel u.a. mit der Aussage, daß es sich bei den mitgekommenen Jugendlichen meistens um solche handle, die Morde, Raubüberfälle oder Diebstähle mit der Waffe ausgeführt hätten. Nach 1991 wurden von den SMT-Verurteilten, überwiegend Jugendliche, fast 18.000 von den Russen rehabilitiert.

Verbleib der Toten von 1950 bis 1958 unter Verantwortung der DDR-Behörden

in Untermaßfeld, Luckau, Torgau, Bautzen, Waldheim und Hoheneck:

Das SED-Regime betrieb einen regelrechten „Leichentourismus“, um die hohen Todesraten zu verschleiern. In Untermaßfeld starben 75 Häftlinge aus Sachsenhausen. Bis zum 3. Juni 1950 wurden die Toten an die Angehörigen übergeben. Aufgrund des Vorkommnisses bei der Beerdigung von Karl Friedrich Wendt am 5. Juni 1950 auf dem Friedhof Penzlin, wo man für den Tod öffentlich die DDR-Behörden verantwortlich machte, wurden die Haftanstalten angewiesen, keine Toten mehr an die Angehörigen zu übergeben. Bis 1958 wurden sieben Urnen den Angehörigen überlassen. Weitere 49 Urnen hielt man 17 Jahre versteckt und verscharrte sie dann 1967 heimlich auf dem Friedhof in Meiningen (Parkfriedhof Feld B/b). Am 19. November 2000 wurde ein Gedenkstein mit den Namen der Toten auf dem Friedhof in Meiningen eingeweiht.

Aus Luckau sind 23 Einäscherungen aus den Reihen der 800 SMT-Verurteilten aus Sachsenhausen bekannt. Die Leichen kamen in das Krematorium Forst. Ob sie dort beigesetzt worden sind, ist nicht sicher. Es existiert ein Rückführungsprotokoll, aber ohne Angabe des Zielortes.

In Torgau sind 1950 bis 1953 117 Häftlinge verstorben. Die Einäscherung erfolgte in Halle, und die Urnen wurden ohne Kennzeichnung auf dem Gertraudenfriedhof in Halle – entgegen der Anweisung – einzeln in einem Massengrab beigesetzt. Am 1. Juli 2003 wurden eine Gedenktafel und Grabsteine in Halle eingeweiht.

In Bautzen starben von 1945 bis 1956 über 3.000 Häftlinge. Die meisten wurden bis 1956 auf dem Gelände hinter dem „Gelben Elend“ verscharrt. Es kamen auch Leichen zur Verbrennung in die Krematorien nach Dresden, Zittau und Görlitz. 61 Urnen wurden auf dem Friedhof Görlitz verscharrt und blieben zunächst verschwunden. Erst 1995 wurden sie wiederentdeckt, nach Bautzen transportiert, und dort fanden sie ihre letzte Ruhe. Was mit den Urnen aus Dresden passiert ist, ist nicht bekannt.

Die Urnen aus Zittau sind nicht mehr auffindbar. Auf dem Zittauer Hauptfriedhof erinnert ein Gedenkstein mit den Namen der 103 dort verbrannten Leichen an die Toten. In Bautzen erinnern verschiedene

Gedenksteine, Stelen, Kreuze und auch eine Kapelle an die Toten.

Ab 1950 sind in Waldheim etwa 700 Tote zu beklagen. 122 von ihnen ruhen auf dem „Beamtenfriedhof“ gegenüber der Haftanstalt Waldheim. Weitere 451 Tote wurden in Döbeln eingäschert und liegen auf dem dortigen Friedhof in einem bis 1989 unbekannt gebliebenen Massengrab. An dieser Grabstelle entstand mit Hilfe der Stadt Döbeln im Mai 1992 eine gepflegte Gedenkstätte.



Foto: AG Lager Sachsenhausen 1950–1953

Gedenkort auf dem Meiningener Parkfriedhof, eingeweiht am 19.11.2000.

Weitere 125 in Waldheim und Hoheneck verstorbene Männer, Frauen und Kinder von 1950 bis 1953 wurden in Chemnitz eingäschert und bis 1957 auf dem Dachboden der Burg Hoheneck gelagert. Erst 1957 wurden die Urnen in einem Massengrab auf dem Friedhof Chemnitz verscharrt. Für die 125 Toten von Waldheim und Hoheneck wurde am 28. Februar 2019 eine Namenstafel auf dem Friedhof Chemnitz eingeweiht. Dafür sei der inzwischen verstorbenen Rosl Werl noch einmal herzlich gedankt.

Für den Verbleib der Toten der NKWD-Gefängnisse Güstrow, Waren/Müritz und des Gefängnisses Nr. 5 Strelitz fehlt weiterhin jeglicher Nachweis.

Horst Vau

Was geschah mit den Toten des Lagers Ketschendorf?

Die Gefangenen aller Lager beschäftigten sich mit Schätzungen über die Zahl ihrer verstorbenen Kameraden. Sie

geworfen. In den ersten Monaten trug das Leichenkommando auf Tragen und Schultern unsere Toten dorthin. Meist zog das Kommando beim morgendlichen Kaffeeempfang am Haus 1 an uns vorbei. Wir entblößten unsere Häupter und verharnten still.

Toten korrigiert wurde. Auf jede Schicht der in die Grube geworfenen toten Leiber wurde Kalk gestreut und Erde geworfen. Nach Tagen füllte sich das Grab. Danach wurde es eingeebnet und mit Sträuchern bepflanzt. Die darauf gesetzten niedrigen Kiefern verloren nach einer Zeit ihr Grün und fielen als trockene Bäume auf. Auch dort weidende Rinder haben wir bemerkt.



Grabfeld 10 und 11 Ketschendorf auf dem Friedhof Halbe.



Grabfeld 10 und 11 Ketschendorf.

glaubten nicht, daß die Russen sich mit Namenslisten befaßten. Dafür gab es Indizien. In Ketschendorf einigten sich die Lagerinsassen am Ende auf eine Zahl von reichlich viertausend. Die umgekommenen Kameraden starben überwiegend im Lazarett, dem Haus 4 des Lagers. Ihre Leichname wurden hier bis zum nächsten Morgen gesammelt, leider aber vor Ratten nicht geschützt.

Täglich wurden sie in einem mit niedrigen Bäumen und Sträuchern bewachsenen Gelände zwischen Autobahn und Lagerzaun, dem von uns so benannten „Wäldchen“, in dafür ausgehobene Gruben

Mit Beginn des Jahres 1946 fand für diesen Transport ein großer gummibereifter Wagen Verwendung, der einem abgeschnittenen Zirkuswagen ähnlich war und von den Männern des Leichenkommandos gezogen und geschoben wurde. Die Bordwand des Wagens erlaubte uns nun nicht mehr, die Anzahl der täglich verstorbenen Kameraden zu ermitteln und ihnen ins Gesicht zu sehen. Doch nahmen wir noch immer den Vorgang der unwürdigen Bestattung von den Fenstern unserer oberen Unterkünfte im Haus 1 wahr. Zwei Häftlinge des Kommandos faßten den abgezehrten nackten Körper an Händen und Füßen und warfen ihn vom

Wagen in die offene Grube. Wir sahen oft, daß mit einer Stange die Lage der

Der Platz nahe des Gräberfeldes im „Wäldchen“ wurde wenige Jahre später für Bauzwecke benötigt. Darum bettete ein Potsdamer Unternehmen die Toten um. Die Störung der Totenruhe wurde in Kauf genommen. Am Südrand des Waldfriedhofes in Halbe, auf dem Opfer der letzten Schlacht des Krieges ihre Ruhestatt haben, wurden 26 Gemeinschaftsgräber angelegt. Bei meinem Besuch des ehemaligen Lagers im Juli 1955 per Fahrrad, reichlich 100 km von zu Hause entfernt, erfuhr ich von den Bewohnern der Siedlung von der Umbettung. Meine Frau und ich fuhren dann weiter in Richtung Halbe. Hier fand ich den Bürgermeister des Ortes, der zur Zeit der Umbettung der Friedhofsverantwortliche war, und ich gelangte zu Informationen. Die von uns geschätzte Zahl der Toten fand Bestätigung und ich erfuhr, daß die in den Gräbern von Ketschendorf vorgefundenen Leichname hier in Halbe in 26 Gemeinschaftsgräbern wieder der Erde übergeben wurden.

Der Bürgermeister versicherte anhand einer Skizze, die Stelle in Halbe zu wissen, wenn ich die genaue Lage eines Ketschendorfer Grabes kennen würde. Die Absicht der Friedhofsverwaltung war, zu späterer Zeit die Gräber mit Grabsteinen zu versehen.

Mit Ausnahme eines Grabes befanden sich bei einem späteren Besuch auf allen Grabstätten einheitlich geformte kleine

Griesler			
Otto Felter	13.10.1885	–	Sept. 1945
Ferdinand Voigt	11.10.1889	–	20.10.1945
Alfred Geppert	2.7. 1895	–	
K. Kühne			11.10.1945
Erich Steinbrink	1901	–	16.10.1945
Frank Hartwich	13.2. 1929	–	
Wolfgang Varduhn	24.2. 1929		
Fritz Thelow	1.10. 1899		

Grabsteine aus Beton mit der Inschrift „Unbekannt April 1945“ sowie auf extra Täfelchen die Angabe der Zahl der in jedem Grab bestatteten Überreste unserer umgekommenen Kameraden.

Auf sieben Gräbern lag damals ein zusätzlicher Hinweis mit jeweils einem Namen und den Lebensdaten eines der auf diesem Grabfeld Umgebetteten. Ein weiteres Grab trug zwei Namen. Auf diese Weise haben neun Familien damals schon ihrer hier bestatteten Väter und Söhne gedacht (siehe Tabelle auf Seite 6).

Aus der Summe der von mir notierten Zahlen ergaben sich damals ohne Berücksichtigung des Grabes ohne Stein und Zahlenangabe insgesamt 2971 hier bestattete Ketschendorfer. Mir wurde auch bekannt, daß an der gegenüberliegenden Nordseite des Friedhofs sich weitere, jedoch nur wenige Ketschendorfer Gräber befinden.

Somit ergab sich nach meiner damaligen Überlegung höchstens eine Zahl von 3400 Ketschendorfer Toten, die ihre neue Grabstätte in Halbe gefunden haben. Daraus folgerte ich, daß die durchgeführte Umbettungsaktion im Hinblick auf die genaue Ermittlung der Anzahl der Umgebetteten entweder nicht mit der gebotenen Sorgfalt erfolgt ist oder daß nicht alle Gräber auf dem Ketschendorfer Gelände gefunden wurden. Die Gemeindeverwaltung Halbe konnte durch Listen ihre Zahlenangaben nicht belegen.

In späteren Briefen an das im Apparat des ZK der SED angesiedelte „Institut für Marxismus- Leninismus“ habe ich auf die Fehlinterpretation des Ketschendorfer Grabfeldes aufmerksam gemacht und u.a von Prof. Kühnrich den Bescheid bekommen, daß man „um dieses Problem keinen Bogen machen werde“. Damit waren meine Informationen zu Ketschendorf gemeint. Auch mit den Bürgermeister von Halbe, Herrn Höwler und Herrn Hausmann, habe ich in dieser Sache korrespondiert und den Bescheid bekommen, daß „vom Rat der Gemeinde festgelegt wurde, daß der Waldfriedhof, so wie er jetzt angelegt ist, nicht umgestaltet wird“.

Die von mir befürchtete hohe Differenz zwischen der Anzahl der Toten, die ich auf dem Friedhof Halbe vermutete und der Anzahl ihrer Namen im Ketschendorfer Totenbuch veranlaßte mich jetzt, mit der Friedhofsverwaltung Halbe Kontakt aufzunehmen. Mir wurde mitgeteilt,

daß in den Listen zum uns bekannten Grabfeld IX in 26 Gräbern 3155 Opfer des Lagers nachgewiesen werden und in den Grabfeldern X, XI und IV weitere 1377 Umbettungen vorgenommen wurden, zusammen also 4532 Tote des Lagers Ketschendorf auf dem Friedhof in Halbe ihre letzte Ruhe gefunden haben. Ich bin der Auffassung, daß bei der Umbettung Sorgfalt geübt wurde und die von der Friedhofsverwaltung verwalteten Zahlen akzeptiert werden können. Daraus folgt aber, daß sich zur nunmehr festgestellten Anzahl von 4621 Toten des Lagers und den nach Halbe umgebetteten 4532 Opfern eine Differenz ergibt und angenommen werden kann, daß sich noch 89 Gebeine unserer Kameraden in der Ketschendorfer Erde befinden.



Quelle: Friedhofsverwaltung Halbe

Grabfeld 10 und 11 Ketschendorf.



Foto: Clemensfranz

Kurt Noack Gedenkstätte Speziallager Ketschendorf bei Fürstenwalde.

Literatur zum Thema

- Jan von Flocken, Michael Klonovsky, Christian Münter: Die Toten vom „Platz der Freiheit“: Lager Ketschendorf und Friedhof Halbe. Zwei Stätten stalinistischer Verbrechen in Deutschland. In: Der Morgen. 24./25. Februar 1990, Jan von Flocken
- Jan von Flocken, Michael Klonovsky: Stalins Lager in Deutschland 1945–1950. Dokumentation, Zeugenberichte. Ullstein Verlag, Berlin 1991, ISBN 3-550-07488-3.
- Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945-1968. Wissenschaft und Politik, Köln 1979.
- Renate und Jan Lipinsky: Die Straße die in den Tod führte. Zur Geschichte des Speziallagers Nr. 5 Ketschendorf/Fürstenwalde. Hrsg. Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e. V.
- Kurt Noack: NachkriegsErinnerungen. Als Fünfzehnjähriger in Stalins Lagern. Niederlausitzer Verlag, Guben 2009,
- Andreas Weigelt: Totenbuch. Sowjetisches Speziallager Nr. 5. Ketschendorf 1945-1947. Wichern-Verlag, Berlin 2014.

Familie Mann und die DDR

Die Sowjetführung versuchte sich schon sehr früh bei den Schriftstellern Heinrich und Thomas Mann anzubiedern, was ihr

Obwohl er in seinen Tagebüchern notiert, die Geldsumme würde ihn schon reizen, lehnte er aus Sorge um die Zerstörung seines Rufes dann ab. Seine Tochter Erika hatte sich sehr dafür eingesetzt, den Preis anzunehmen.

FRAU THOMAS MANN
KILCHBERG AM ZÜRICHSEE
ALTE LANDSTRASSE 39
10. Juni 1979

Herrn Erich Honecker
Erster Sekretär des ZK der SED
Berlin / DDR

Sehr verehrter Herr Honecker,

entschuldigen Sie bitte, dass eine sehr alte Frau sich an Sie persönlich wendet in einer Sache, die sie - mich - eigentlich ja wohl nichts angeht, mich aber doch ein bisschen bewegt.

Seit einiger Zeit stehe ich in Korrespondenz mit Herrn Erich Christian Knappik, Leninplatz 2/119, 58 Gotha DDR. Die Verlobte Herrn Knappiks wohnt in Hannover. Verständlicher Weise hat er den Herzens-

Katia Mann aus der Schweiz...

FRAU THOMAS MANN
KILCHBERG AM ZÜRICHSEE
ALTE LANDSTRASSE 39
- 2 -

wunsch, mit ihr vereinigt zu leben. Seit zwei oder drei Jahren hat er sich bemüht, die Erlaubnis zur Ausreise aus der Deutschen Demokratischen Republik zu erhalten, bisher aber ohne Erfolg. Auch mir ist selbst verständlich klar, dass die Auswanderung von Bürgern zumal solchen, die mit Hilfe ihres Gemeinwesens etwas Nützliches erlernen konnten, keine geringfügige Angelegenheit ist. Trotzdem bitte ich Sie herzlich, den Fall des Herrn Knappik untersuchen zu lassen. Vielleicht findet sich doch eine Möglichkeit, seinen Wunsch zu erfüllen.

Mit freundlichen Empfehlungen
Ihre ergebene
Katia Mann

an Erich Honecker.

bei dem älteren Bruder auch teilweise gelang, er war ein glühender Verehrer des Lenin-Putsches von 1917, der später als „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ ausgegeben wurde. Erst Stalins Überfall auf Finnland ließ Heinrich Mann umdenken. Trotzdem wollte er nach 1945 in die DDR übersiedeln, sein Tod 1950 verhinderte das jedoch.

Thomas Mann stand der sozialistisch-kommunistischen Ideologie viel kritischer gegenüber, vor einer Europareise 1951 schrieb er:

„Ich bin kein Kommunist und bin nie einer gewesen. Auch ein ‚Reisekamerad‘ bin ich weder noch könnte ich je einer sein, wo die Reise ins Totalitäre geht.“ (Der Spiegel, 20/1951)

1954/55 wurde Thomas Mann von der Sowjetführung der „Stalin-Friedenspreis“ angetragen, der mit einer großen Summe konvertibler Gold-Rubel verbunden war.

Zustände in den sowjetischen „Speziallagern“ zwischen 1945 und 1949 bekannt.

Nach seinem Tod am 12. August 1955 auf dem Kilchberg bei Zürich gab es kaum noch Kontakte zwischen der Witwe Katia Mann und der SED-Diktatur, weil auch nur wenige Schriftsteller der DDR genug Devisen hatten, um in die Schweiz zu reisen. Als die greise Ehefrau, die sich auf ihrem Briefkopf als „Frau Thomas Mann“ vorstellte, neunzig Jahre wurde, versuchte die Ostberliner „Weltbühne“ sich erneut anzubiedern. Doch da wußte Katia Mann schon genau, was für

eine inhumane Grenze die Menschen in Deutschland trennte.

In einem Brief bat sie Honecker am 10. Juni 1979, zehn Monate vor ihrem Tod, für einen Mann aus Gotha, dessen Verlobte in Hannover lebte, um die Genehmigung der Ausreise aus der DDR. Die schnelle Reaktion des Generalsekretärs zeigt deutlich, daß die DDR kein Rechtsstaat, sondern eine totalitäre Diktatur war, denn er antwortete Katia Mann nach nur elf Tagen, am 21. Juni 1979: „Entsprechend ihrer Bitte habe ich den zuständigen staatlichen Organen empfohlen, Herrn Knappik, Gotha, die Ausreise zu ermöglichen. Wie mir heute mitgeteilt wurde, kann in diesem Fall ihrer Bitte entsprochen werden.“ Ob es weitere solche Ausreisen, initiiert von Katia Mann, gab, ist bisher nicht bekannt.

Ihre Tochter Erika Mann, die sozialistisch-kommunistischen Ideologie sehr nahe stand, war schon zehn Jahre zuvor verstorben. Ob sie ihre Mutter bei dieser humanitären Aktion unterstützt hätte, bleibt offen. Katias Sohn Golo lehnte bereits sehr früh und dann sein ganzes Leben lang die totalitären Ideen des Sozialismus-Kommunismus ab.

Katia Mann starb am 25. April 1980 und ist auf dem Friedhof Kilchberg an der Seite von Thomas Mann beerdigt worden. Benachbart sind auch Gräber ihrer Kinder, nur Golo Mann hat sich einen Platz weit ab von der Familie gewünscht.

Alexander W. Bauersfeld

ZENTRALKOMITEE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS
DER GENERALSEKRETÄR
STAATSRAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
DER VORSITZENDE

Schweiz
Frau
Katia Mann
8802 Kilchberg am Zürichsee
Alte Landstr. 39

Sehr geehrte Frau Mann!

Entsprechend Ihrer Bitte habe ich den zuständigen staatlichen Organen empfohlen, Herrn Knappik, Gotha, die Ausreise zu ermöglichen. Wie mir heute mitgeteilt wurde, kann in diesem Fall Ihrer Bitte entsprochen werden.

Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen

Berlin, 21. Juni 1979
E. Honecker

Erich Honecker an Katia Mann.

Ein lebender Staat im Prozeß der Versteinerung

Der ehemalige Leiter des Bundesnachrichtendienstes, Dr. Hans-Georg Wieck, der von 1985 bis 1990 entscheidend zur Wiedervereinigung beitrug, hat sich jetzt per Rundbrief von seinen Freunden verabschiedet. Nach seiner Pensionierung übte er lange Jahre eine Lehrtätigkeit an Universitäten aus. In seinem 92. Lebensjahr haben ihn nunmehr seine Kinder zu sich genommen.

Erstmals begegnete ich ihm mit einer 1986 nach Pullach eingeladenen Journalisten-Gruppe: ein Mann mit klugem Ge-



Foto: Bernd Lippmann

Hans-Georg Wieck, 2015.

sicht und seltener Dynamik und Energie. Ein BND-Beamter erhielt mit seinem Vortrag rasenden Beifall, nur ich widersprach ihm in drei Punkten – ein peinlicher Zwischenfall. Sicher erkundigte Wieck sich, wer ich sei und woher ich das behauptete Wissen hätte.

Ein Jahr später kam er mir in Wildbad Kreuth freundlich mit ausgestreckter Hand entgegen. Meiner tollkühnen Bitte, mich mit ihm unterhalten zu dürfen, stimmte er zu meiner Überraschung mit einem Treff in der dortigen Bücherstube zu. Ich begann mit der Frage, ob der BND auch höhere SED-Funktionäre anwerben könne. Er bestätigte dies auf der Ebene der Bezirksleitungen, von der auch vieles über die Parteispitze zu erfahren sei. Meine Frage nach einem Eindringen in die Führungsspitze beantwortete Wieck, dies sei „sehr schwer“, was letztlich eine Bejahung war. Wohl hätten unsere AWACS-Flugzeuge alle Flughäfen bis Polen stets unter Kontrolle, doch machte ich mir Sorge, es könne zu einem Kriegsüberfall etwa bei einem Manöver aus dem Stand heraus kommen. Die Antwort kam überraschend schnell, man wäre „sehr gut“ informiert. Ein „Um-

drehen“ von MfS-Angehörigen erachtete Wieck für „ungeheuer schwer“, also nicht für unmöglich. Entgegen der allgemeinen Stimmung auch in Bonn werteten wir beide die DDR nicht als echten Staat, sondern als gerade auch wirtschaftlich abhängigen Satelliten der UdSSR.

Dort war der BND-Präsident Jahre vorher deutscher Botschafter gewesen. Wiecks Analyse: „Ein lebender Staat befindet sich im Prozeß der Versteinerung.“ Recht aufschlußreich sei für ihn gewesen, daß die Parteifunktionäre und Ministerien dort mit „den Deutschen“ stets nur die in der Bundesrepublik meinten. Von sich aus erwähnte er freimütig seine Gespräche mit Juri Andropow, ab 1982 Generalsekretär der KPdSU und ab 1983 Staatsoberhaupt der UdSSR. Er sah die Lage der Sowjetunion völlig realistisch, und Wieck zitierte fast wörtlich dessen Vorstellungen: BRD-Werk tätige wären sehr gut, seien pünktlich, nicht betrunken, leisteten Qualität. Sie müßten nach Rußland

kommen zum Aufbau der Wirtschaft. Der Preis dafür blieb zweifellos unausgesprochen, doch beide werden schon damals gewußt haben: die Wiedervereinigung Deutschlands. Für Wieck war das nicht überraschend. Hatte doch nach Stalins Tod Lawrentij Berija der Bundesrepublik die Einheit gegen viel Geld angeboten – allerdings müsse sie neutral sein, was die West-Alliierten damals ablehnten.

Bereits 1980 hatte Wieck in einem Vortrag angedeutet, Moskau könne „eines Tages seine Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen besser in einem vereinigten Deutschland gewahrt sehen als mit einer durch Gewalt aufrecht erhaltenen Vorherrschaft über Mitteleuropa“. War einst die Ukraine die Kornkammer Europas gewesen, mußte Moskau heute beim „Klassenfeind USA“ Getreide kaufen, es bekam nirgendwo mehr Kredite, hatte aber einen Faustpfand: die DDR! Sowjetrußland würde wirtschaftlich kaputtgehen, prognostizierte mir der BND-Präsident. Die Frage sei lediglich, wann. Es würden keine fünf Jahre sein, vielleicht drei. Damit wäre das Schicksal der DDR besiegelt. Kein Wort fiel dabei über die

DDR-Bevölkerung, kannten wir beide doch die dortige Stimmung...

Später rief ich den Präsidenten an im Zusammenhang mit den Krediten an Ost-Berlin. Leidenschaftlich entgegnete Wieck: „Wir müssen die DDR über Wasser halten!“ Bei weiter sinkendem Lebensstandard könnte es zu Aufständen kommen, was unbedingt verhindert werden müsse; wie 1953 würden sie niedergewalzt werden, der Westen bliebe untätig, und die Menschen dort in ihrer Enttäuschung und Verbitterung würden den Willen zur Wiedervereinigung endgültig verlieren. Heute würden die Sowjetpanzer noch schießen, aber bald nicht mehr: Ein Militäreinsatz würde die überlebensnotwendige Reformpolitik Gorbatschows unglaublich machen. Im Gegensatz zu Washington und London glaube Pullach an dessen Haltung, weil sie letztlich alternativlos sei.

Bei meinem Besuch in seinem Hause in der Berliner Koenigsallee gestand er mir, daß die Chemie nicht stimme zwischen ihm und dem Bundeskanzler. Kohl glaubte, besser informiert zu sein als sein eigener Nachrichtendienst. Er vertraue der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, wo man indes von einer ständigen Zweiteilung ausging und die Mentalität der DDR-Bevölkerung bis zuletzt völlig verkannte.

Wiecks zutreffende Analysen und Prognosen paßten nicht in das Bonner Weltbild. Zwischen ihnen bestand nach seinen Worten ein „Nicht-Verhältnis“. Verbittert vermerkte er „den Mangel an Vertrauen des Bonner Establishments gegenüber dem BND“. Herrschte dort Geringschätzung und latentes Mißtrauen, so war er nach dem Kanzleramt auch nicht in der Ständigen Vertretung und in keiner Botschaft im Sowjetblock vertreten – ein in der gesamten westlichen Welt einmaliger Vorgang. Zudem gehörte Wieck nicht zu den beliebten Ja-Sagern am Rhein. Nach seinem Pflichtgefühl hatte er der Bundesregierung seine Lageberichte vorzulegen, gleichgültig, ob sie gern oder ungerne gelesen würden (wenn überhaupt).

Über die vielen Fehler, die damals vom West-Teil Deutschlands gemacht wurden, hat sich Wieck nie öffentlich geäußert, vermutlich aus Loyalitätsgründen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Fixierung aus „pädagogischen Gründen“

Großes Interesse an Stiftung Anerkennung und Hilfe

Junge Rollstuhlfahrer lebten zusammengepfercht in riesigen Schlafsälen, die nur über Treppen erreichbar waren. Die Behinderten waren die meiste Zeit sich selbst überlassen, wurden nicht gefördert und fristeten so ein trostloses, stumpfes Dasein. Es ist eines der beklemmenden Bilder, die entstehen, wenn Anne Drescher über die Situation von jungen Behinderten und Psychiatriepatienten in der DDR erzählt. „Es gab neben körperlicher Gewalt vor allem auch strukturelle Gewalt in Einrichtungen

Hilliger ist es sehr wichtig, daß jeder Betroffene ein persönliches Gespräch in einer Beratungsstelle erhält. „Die Mitteilung, daß das, was erlebt wurde, Unrecht war, die Anerkennung des Leids, sind uns sehr wichtig. Darum bemühen wir uns sehr.“ Sie sieht einen wichtigen Aspekt ihrer Arbeit darin, die Öffentlichkeit über die unberechtigten Unterbringungen und über das Unrecht in den Einrichtungen aufzuklären, um zur Entstigmatisierung beizutragen. Die Beratungsstellenleiterin bietet deshalb im Rahmen ihrer Tätigkeit u. a. auch Fortbildungen für Erzieher in Ausbildung an.

satzleistung möglich, wenn Zeiten nachgewiesen werden, in denen Arbeit ohne Sozialversicherungszahlungen erbracht wurde. Neben der finanziellen Hilfe sind die öffentliche Anerkennung des erlittenen Unrechts und die Anerkennung durch wissenschaftliche Begleitung weitere Bausteine der Unterstützung.

Das Interesse an der Stiftung ist groß. In Mecklenburg-Vorpommern geht man von geschätzten 1500 Betroffenen aus, bisher gibt es knapp 1000 Anmeldungen. Im Land Brandenburg haben sich bisher 1700 Betroffene bei der Beratungsstelle der Stiftung gemeldet. Beide Beratungsstellen versuchen möglichst viele Anspruchsberechtigte zu erreichen. Multiplikatoren sind dabei Berufsbetreuer oder Verbände, wie der Behindertenverband. „Wen wir ganz schwer erreichen, das sind selbstbestimmt lebende Betroffene“ sagt Anne Drescher.

Sowohl Drescher als auch Hilliger sehen ein großes Problem in der nicht vorhandenen Forschung zur Thematik. Es gebe so gut wie nichts an Fachliteratur, oftmals sei noch nicht einmal geklärt, in welchen Einrichtungen Kinder und Jugendliche untergebracht waren. Parallel zur Beratung der Betroffenen wird daher Forschung betrieben. Dazu sind Wissenschaftler für die Stiftung tätig. Die Ergebnisse sollen der Aufarbeitung dienen, Lehren für die Zukunft sollen gezogen werden. Die Beratungsstelle in Mecklenburg-Vorpommern wird ein eigenes Forschungsvorhaben anschieben, um u. a. zu erfahren, in welchen Einrichtungen die Unterbringungen erfolgten, welche Einweisungs- und Versorgungswege es gab und welche rechtlichen Grundlagen damals galten.

Die Anmeldefrist für die Stiftung ist bis zum **31. Dezember 2020** verlängert worden. Bis zu diesem Datum muß der Kontakt zu einer der in jedem Bundesland bestehenden Beratungsstellen aufgenommen worden sein. Umfangreiche Informationen über die Stiftung, insbesondere über die Leistungen, die Beratung und auch über die Erreichbarkeit der Beratungsstellen finden sich auf der Internetseite der Stiftung: www.stiftung-erkennung-und-hilfe.de



Mitarbeiter der Beratungsstelle in Mecklenburg-Vorpommern: (v.l.) Sandra Uhlig, Anne Drescher, Christian Glüer.

der Behindertenhilfe und in Psychiatrien. Der Blick auf Behinderte in der DDR war verheerend“, sagt die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Mecklenburg-Vorpommern, die auch die Beratungsstelle der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ in diesem Bundesland leitet. „Menschen wurden verwahrt, erhielten keine adäquate Förderung oder Ausbildung“, so Drescher weiter.

Auch Silvana Hilliger, die der Beratungsstelle der Stiftung im Land Brandenburg vorsteht, kennt viele Geschichten von Betroffenen, die stationär in Einrichtungen der Behindertenhilfe oder in der Psychiatrie untergebracht waren. Sie berichtet z.B. von „Strafspritzen“, die Psychiatrieinsassen mit viel zu hohen Dosen von Beruhigungsmitteln verabreicht wurden, von Fixierungen aus „pädagogischen Gründen“ oder sogar vom Ziehen von Schneidezähnen bei Patienten mit Hospitalisierungserscheinungen. Oft sei z.B. auch die ausreichende Versorgung mit Essen bei den damals Untergebrachten ein großes Problem gewesen. Betroffene würden deswegen noch heute Essen „bunkern“. Auch Fälle von brutaler körperlicher Gewalt seien bekannt.

haben und heute noch an den Folgen leiden. Für die alte Bundesrepublik gilt dabei die Zeit vom 23. Mai 1949 bis zum 31. Dezember 1975, also bis zur Psychiatriereform; für die DDR ist der Zeitraum vom 7. Oktober 1949 bis zum 2. Oktober 1990 maßgebend.

Leid und Unrecht können dabei z.B. in Zusammenhang stehen mit körperlicher, psychischer oder sexualisierter Gewalt, mit der Verweigerung von Schulbildung und Ausbildung oder mit unzureichender Gesundheitsversorgung. Durch die Stiftung soll das erlittene Leid anerkannt und entschädigt und das Unrecht gesellschaftlich aufgearbeitet werden.

Betroffene können sich bei Vorliegen verschiedener Voraussetzungen bei der Stiftung anmelden. Sie müssen zunächst Kontakt zu einer für ihr Bundesland zuständigen Beratungsstelle der Stiftung aufnehmen. In einem Beratungsgespräch wird geklärt, ob die Voraussetzungen für die Anmeldung erfüllt sind. Als finanzielle Hilfe und Unterstützung sind die Zahlung einer einmaligen Pauschale in Höhe von 9000 Euro und gegebenenfalls die Zahlung einer einmaligen Rentener-

„Erfolgreich vergessen“

UOKG-Kongreß „Frauen in politischer Haft“ am 7. 12. 2019

Es ist schon bedrückend, daß Frauen sich jedes Thema erobern müssen, um öffentlich wahrgenommen zu werden. Man möchte denken, daß diejenigen, die historische Forschung und Aufarbeitung für SED-Opfer betreiben, eigentlich sensibel genug sind, auf spezifische Frauenthemata gesondert einzugehen. Das ist offenbar nicht der Fall.

Selbst Historiker geraten ins Stottern, wenn sie nach Speziallagern, Arbeitshäusern, Arbeitserziehungslagern, Arbeitskommandos und Strafvollzugseinrichtungen der DDR gefragt werden, in denen Frauen einsaßen. Über die Anzahl von Frauen, die politisch inhaftiert waren, gibt es bis heute keine verlässlichen Statistiken. Ebenso wenig findet man Studien darüber, ob es Unterschiede zwischen Männern und Frauen beim späteren Umgang mit den Haftverfahren gibt. Über spezielle Einrichtungen zur Diffamierung und Disziplinierung von Frauen – wie die venerologischen Stationen – gab es bis vor kurzem gar keine Erkenntnisse. Das Barackenlager „Heidekrug“ in Brandenburg, wo in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre 250 angeblich geschlechtskranke Frauen unter fürchterlichen Bedingungen eingepfercht waren, ist heute „erfolgreich vergessen“.

In Zusammenarbeit mit dem im letzten Jahr gegründeten Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur veranstaltete die UOKG am 7. Dezember 2019 in der Gedenkstätte Berliner Mauer den Kongreß „Frauen in politischer Haft“. Dieser Kongreß fungierte als Signal, daß nunmehr die spezifischen Fragen von Frauen in Bezug auf Widerstand, Repressionen, politische Haft und ihre Folgen als genuiner Bestandteil von Forschung und Aufarbeitung gesehen werden sollen.

Nach der Begrüßung durch Bettina Effner, Leiterin der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, und durch den Bundesvorsitzenden der UOKG, Dieter Dombrowski, stellte Christian Sachse eine Reihe von Jugendwerkhöfen und Haftstätten vor, die speziell für Frauen ausgelegt waren. Frauenlager wie Morgenroth, Dessau-Wolfen oder Gefängnisse wie Markkleeberg und Berlin-Barnimstraße sind fast völlig aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden.

Der Rote Ochse in Halle/Saale ist nur noch als Untersuchungshaftanstalt des MfS bekannt, obwohl dort zeitweise mehr als 850 Frauen inhaftiert waren. Ebenso aus der Wahrnehmung verschwunden ist die StVE Hohenleuben als Frauengefängnis.

Anschließend erhielten unter der bewährten Moderation von Isabel Fannrich (Deutschlandfunk) die Zeiteuginnen das Wort. Marion Käding berichtete über



Die Zeiteuginnen (v.l.) Marion Käding, Sigrid Grünewald und Annerose Höfer-Kerbel mit Moderatorin Isabel Fannrich.

schwerste Mißhandlungen im Roten Ochsen. Wegen einer Unterleibserkrankung mußte sie öfter auf die Toilette. Dafür wurde sie zunächst an ihrem Arbeitsplatz angekettet, dann in einen eisernen Spind gesperrt, schließlich geschlagen und zwei Jahre lang in den Keller verbracht. Durch Sigrid Grünewald wurde deutlich, daß es in der bekannten Haftstätte Bautzen II für politische Gefangene auch weibliche Häftlinge gab. Sie vermittelte einen ersten Eindruck von der Ausbeutung der Frauen mit schwerster Arbeit in der Gefängnisküche. Die weitgehend vergessene Haftstätte Hohenleuben brachte Annerose Höfer-Kerbel den Teilnehmern näher. Sie mußte im Akkord Taschentücher nähen, die sie nach ihrem Freikauf in der Bundesrepublik in den Kaufhäusern wiederfand. Sie berichtete auch über die ansonsten gern unausgesprochen gelassenen Mißhandlungen von Häftlingen untereinander.

Die Historikerin Sandra Czech steuerte Details über das Frauengefängnis in Berlin, Grünauer Straße bei. An dieser Haftstätte solle demnächst, um sie dem Vergessen zu entreißen, eine Gedenktafel

angebracht werden. Freya Klier ist einer breiten Öffentlichkeit als mutige Bürgerrechtlerin bekannt, die sich bis heute immer wieder zu Wort meldet. Nur wenige Menschen wissen, daß Freya Klier im Jahr 1968 als 18-Jährige wegen eines Fluchtversuches schon einmal inhaftiert gewesen war. Sie legte ihren Fokus auf das Verhalten der „normalen DDR-Bürger“ gegenüber Inhaftierten, wenn sie sich beispielsweise bei einem Transport auf dem Bahnhof begegneten. Sie erzählte von gescheiterten Fluchten, nach denen Flüchtlinge, die angeschossen wurden, in Minenfelder gerieten und Freunde verloren, danach über Jahre in DDR-Gefängnissen verschwanden.

Ein zweites Panel widmete sich den Erfahrungen von Frauen in der Untersuchungshaft in Pankow, in Hoheneck (Carla Ottmann), in der Außenstelle der StVE-Leipzig Markkleeberg (Rosemarie Rothgänger) und in der Untersuchungshaft in Frankfurt/Oder (Dr. Renate Werwick-Schneider).

Zu den Höhepunkten gehörten Ausschnitte aus dem Film von Alexandra Pohlmeier „Widerstand von Frauen in der SBZ und frühen DDR“. Viele Kongreßteilnehmer freuten sich, Margot Jann, langjähriges Mitglied des UOKG-Vorstandes als Zeiteugin begrüßen zu dürfen. Sie berichtete über ihre willkürliche Verhaftung, ihr Todesurteil und die Haftzeit u.a. in Hoheneck.

Der Kongreß ging zu Ende mit einem Statement von Konstanze Helber, Vorsitzende des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur, das in Zukunft die Interessen von weiblichen politischen Häftlingen wahrnehmen wird.

Christian Sachse

Albanien – das Land der Skiptetaren

9. Internationaler Kongreß der Plattform für das Gedenken und Gewissen Europas im November 2019 in Tirana

Karl May ließ sein Alter-Ego, Kara Ben Nemsî, durch das Land der Skiptetaren reiten, auf einem Pferd und durch wilde Schluchten. In der Hauptstadt Tirana kommt man heutzutage auch nicht schneller voran, der Verkehr ist unglaublich dicht und chaotisch, funktioniert aber trotzdem irgendwie. Eine Stunde schlich



Blick über Tirana.

unser Bus im Stop-and-go-Tempo auf dem Weg nach Shkodra, nur um aus Tirana herauszukommen. Der Taxifahrer vom Flughafen in die Stadt versorgte uns mit Informationen über die alte kommunistische Regierung, die man nur mit jener in Nord-Korea vergleichen könne. In den jetzigen Ämtern säße aber nach wie vor die alte Nomenklatura an wichtigen Stellen und schiebe sich gegenseitig Geschäfte und Posten zu. Im Tagesspiegel vom 8.8.2019 mit dem Titel „Ein Land – ein Lager“ war zu lesen, daß es in der

kommunistischen Zeit Albanien hochkorrupt zugegangen sei, jetzt nur noch korrupt. Diese Erkenntnis hatte ein Diplomat dem Journalisten anvertraut. Der Mann begleitet den Prozeß der Überprüfung der Justiz auf rechtsstaatliche Normen – man hoffe auf Aufnahme in die EU. Im strukturell noch unterentwickelten Bergland im Norden allerdings wird die Gesellschaft nach wie vor vom

Kanon – u.a. Blutrache – bestimmt, ein Jahrhunderte altes Gewohnheitsrecht.

Tirana erscheint picobello mit riesigen naturstein-gepflasterten Plätzen und zu Flanierwegen umgemodelten Straßen. Neben Gebäuden im neo-sowjetischen Zuckerbäckerstil erblickt man dann angegammelte Wohnblocks, die seit der Errichtung nie mehr Farbe gesehen haben. In den zahlreichen Cafés halten sich nur Männer auf, derweil man auf den Straßen elegant gekleidete Frauen erblickt. Kopftücher oder gar Burkas sieht man nicht, dennoch ist Albanien offensichtlich ein „Männerland“, ein Land der Gegensätze. Interessant ist, daß Religionen sich gegenseitig tolerieren – mehrheitlich Sunniten und Katholiken. In der kommunistischen Zeit wurden Kirchen und Moscheen zweckentfremdet oder zerstört. Religionsausübung war verboten. 1967 wurde Albanien zum „ersten atheistischen Staat“ erklärt. Aufgehoben wurde das Religionsverbot 1990.

In Tirana fallen die vielen bunten großen Leuchtreklamen auf, die die ganze Nacht hindurch flimmern. Dazu der Taxifahrer: „Strom ist preiswert, weil mit Wasserkraft hergestellt, die reichlich vorhanden ist.“ Der Straßenverkehr brummt fast die ganze Nacht. Vor dem Hotel wurde bis Mitternacht in einer tiefen Baugrube lärmend gebaggert.

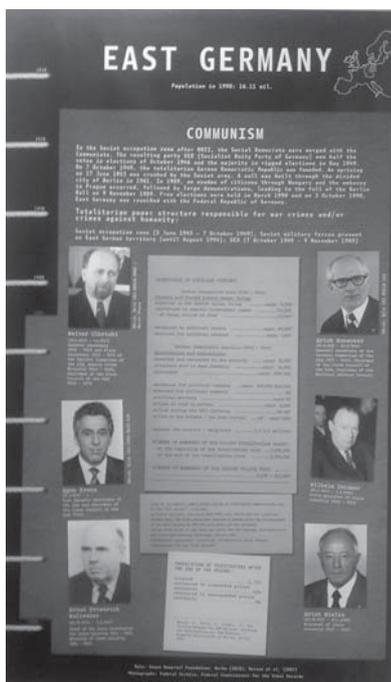
Als Teilnehmer an einem internationalen Kongreß der PEMC (Platform of European Memory and Conscience) mit Sitz in Prag, die von der Adenauer-Stiftung unterstützt wird, konnten wir ein wenig hinter albanische Kulissen schauen. In der Stadt Shkodra z.B., 100 Kilometer nördlich von Tirana, besichtigten wir ein Museum in einem ehemaligen Folter-Gefängnis, wo eine neue Plakat-Ausstellung zum „Totalitarismus in Europa“ gezeigt wurde. Ein großes Plakat, EAST GERMANY, mit sechs Fotos verantwortlicher SED-Politiker war Bestandteil der Ausstellung. Eine Pressekonferenz, an der auch ehemalige Häftlinge teilnahmen, fand anläßlich unseres Besuchs statt. Das dazugehörige ehemalige Gefängnis war furchtbar primitiv. Was in diesen Katakomben an Grausamkeiten geschah, ist nichts für schwache Nerven. Man konnte in frühere Verwahrzellen hineinschauen, oft ohne Fenster

und ohne Lüftung, Tafeln vor den Zellen erklärten, daß Häftlinge auf dem bloßen Steinboden angekettet waren, auch nachts. Menschenrechte und Menschlichkeit wurden mit Füßen getreten, begleitet von Peitschen, Knüppeln, Gewehrkugeln und widerlichen Foltermethoden. Schließlich konnte ich diese düstere Gruft nicht mehr ertragen und mußte raus auf die Straße, ins Licht – ins Leben.

Shkodra war eine Widerstands-Hochburg, erst gegen den Faschismus, dann gegen den Kommunismus. Auf einem Rundgang durch die Stadt machten wir halt an dem 2018 errichteten Mahnmal für die Opfer des Kommunismus, um Nelken niederzulegen. Das Mahnmal wurde durch Spenden u.a. von der Maximilian-Kolbe-Stiftung finanziert. Wir erfuhren, daß es auch Frauen gewidmet ist. Mutter Teresa wurde in der Nähe geboren, auf sie ist man stolz. In der Stadt steht eine Statue von ihr. Der Flughafen von Tirana wurde anläßlich ihrer Seligsprechung im Jahr 2003 in „Mutter-Teresa-Flughafen“ umbenannt.

Der Diktator Enver Hodscha befahl uneingeschränkt das Land von 1944 – nach dem Verlassen der deutschen Wehrmacht – bis 1985 und machte es zu einem der rückständigsten Länder Europas, wobei Freunde und Verwandte des Herrschers in hohen politischen Ämtern installiert wurden. Manche überlebten diese „Ehre“ nicht. Zunächst schloß Hodscha sich Titos Jugoslawien an, bald darauf Stalins Sowjetunion. Als ihm die Sowjets nach Stalins Tod zu liberal wurden, wandte er sich Maos China zu. Als dann auch noch China seinen ideologischen Vorstellungen nicht mehr entsprach, isolierte er das Land ab 1978 vollständig. Zitat des Taxifahrers: „Hodscha war ein gnadenloser Diktator vergleichbar mit Familie Kim von Nord-Korea.“ In seiner Geburtsgegend im Süden wird er nach wie vor verehrt. Er studierte mehrere Jahre Jura in Frankreich und Belgien. 1985 starb er schwerkrank, noch im Amt. Er hinterließ ein verarmtes, traumatisiertes Land und Volk nach 41 Jahren Schreckensherrschaft. Seine Statue in Tirana wurde 1991 umgestürzt.

Auf dem Rückweg stand eine Einladung zum Mittagessen des Kongreß-Mitveran-



Plakat im Museum von Shkodra.

stalters IDMC auf dem Plan. Unser Bus fuhr von der Autostraße herunter, einen rumpeligen, schmalen, kurvigen Feldweg entlang, bis endlich im „Irgendwo vom Nirgendwo“ ein mediterran anmutendes Restaurant auftauchte, „Mrizi i Zanave“ (muß man sich merken). Ein krasser Kontrast zu dem zuvor besichtigten Folterknast. Hier standen bereits einige dicke Limousinen auf dem Parkplatz. Drinnen saßen junge Leute – an einem Montag. Gefühlte Stunden wurden uns zahlreiche Köstlichkeiten nacheinander frisch serviert mit exzellenten albanischen Weinen. Der Wirt, der aus Italien zurückgekommen war, fertigt alle Lebensmittel selber. Auf einer Wiese neben dem Lokal schnatterte eine Gänse­schar, hinter dem Haus befand sich ein Weinberg. Auch den Käse stellt er her in einem früheren Gefängnis in der Nähe, das wahrscheinlich die korrekte „Käse­temperatur“ aufweist. Wein ist relativ neu in Albanien, denn in der Hodscha-Zeit wurden sogar Weinberge zerstört.

Vor dem Restaurant befand sich einer von den etwa 200 000 Ein-Mann-Bunkern, die in der kommunistischen Zeit überall errichtet wurden, um Invasoren rechtzeitig zu entdecken und um in paranoider Strategie etwa einem Atomkrieg zu begegnen. Inzwischen wurden viele abgerissen, bunt bemalt, zu kleinen Museen verwandelt oder wie hier mit einem großen Blumenkorb verschönert.

Der 9. Jahreskongreß der Plattform war perfekt organisiert in Gemeinschaft mit dem IDMC, dem Institute for Democracy, Media and Culture. Unterstützung leistete die Konrad-Adenauer-Stiftung, deren Vertreter Dr. Tobias Rüttershoff, Chef der Niederlassung Tirana, zugegen war und über seine Tätigkeit referierte. An dem Kongreß haben 29 Organisationen, aus 18 ehemaligen kommunistischen Staaten, teilgenommen – das hatte etwas von „Babylon“. Konferenzsprache war Englisch.

Die Leiterin der albanischen Aufarbeitungsbehörde klagte über mangelnde offizielle Unterstützung, ja sogar Behinderung ihrer Arbeit. Albanische Opfer des Kommunismus haben kaum eine Lobby. 2015 beschloß das Parlament zwar die Öffnung der Archive der kommunistischen Geheimpolizei, der Krake Sigurimi, doch diese Geheimpolizei wirkt anscheinend immer noch nach. Jeder dritte Albaner soll sich als Spitzel betätigt haben, erfuhren wir. Das Land war überzogen mit Gefängnissen und

Straflagern, wo Menschen gefoltert und durch Zwangsarbeit geschunden und getötet wurden. Keiner der Schergen soll bislang zur Verantwortung gezogen worden sein. Ein Gespräch mit einem Albaner auf einem INTERASSO-Kongreß in Berlin 2011 ist mir unvergeßlich geblieben. Der Mann kam als kleines Kind mit den Eltern ins Lager und mußte dort 40 Jahre „leben“.

Wir besuchten in Tirana das House of Leaves (Haus der Blätter), Zentrum der Sigurimi. Jetzt sind die Räumlichkeiten zum Museum umfunktioniert und beherbergen u.a. Opfer-Akten. Das Haus war seinerzeit mit Technik reichlich bestückt, und zwar mit Geräten aus westdeutscher und japanischer Produktion, damals sicherlich modern und hocheffizient, jetzt wirken sie antiquiert. Ausgestellt sind Einbruchswerkzeuge, jede Art „Schnüffelgeräte“ und winzige „Wanzen“. Von außen macht das Gebäude einen eher unscheinbaren, aber sehr bejahrten Eindruck. Innen wirkt es etwas verwinkelt mit vielen kleinen Zimmern auf mehreren Etagen, ein Aufenthaltsraum mit spießigen dicken Polstermöbeln gehört ebenfalls zur Ausstellung. Erbaut 1931 als Privatklinik, nahm die Gestapo während der deutschen Besatzung das Haus in Besitz, schon in dieser Zeit wurde hier gefoltert. Später zog die Sigurimi ein. 2017 wurde aus dem Gebäude ein Museum. Ein kleiner Schritt in Richtung Aufarbeitung, immerhin.

Unter dem gigantischen „Skanderbeg“-Platz mitten in der Stadt befindet sich ein weiteres Monstrum, ein ausgedehntes Bunkersystem des Hodscha-Terror-Regimes, wo für die wichtigsten „Wichtigen“ ein Rückzug „für den Ernstfall“ eingerichtet wurde sowie Knast- und Folterverließe. Jetzt ist es als Museum „Bunk-Art-2“ mit Ausstellung zu besichtigen. Hier sind u.a. handschriftliche Listen zu sehen, in denen unmenschliche Martermethoden aufgeführt sind.

Einige aus unserer Gruppe waren eingeladen zu einem Gespräch mit Abgeordneten im Parlamentsgebäude. Der Vorsitzende erklärte uns die albanische Aufarbeitungspolitik auf Albanisch, von einem Dolmetscher ins Englische übersetzt. Seine Erläuterungen mögen Rechtfertigungen gewesen sein, denn am Ende meldete sich ein jüngerer Mann aus dem Kreis der Abgeordneten, der uns in ausgezeichnetem Englisch die Meinung der Opposition verdeutlichte. Er sprach sehr schnell, wohl, um nicht unterbrochen zu

werden. Er betonte, daß nach wie vor alte Seilschaften die Politik und die Wirtschaft beherrschen, daß ihn sogar seine eigene Partei ausgestoßen habe, er würde jedoch im gewählten Amt bleiben und um Gerechtigkeit kämpfen. Wir hatten kurz Gelegenheit, mit ihm am Ende zu sprechen. Ich fragte ihn, ob er vielleicht mitunter Angst um sein Leben haben müsse, was er bejahte, dann verschwand er eilends in sein Büro. Die Leiterin der albanischen Aufarbeitungsbehörde war ebenfalls anwesend, mit den Ausführungen des Vorsitzenden war sie gar nicht einverstanden und beschrieb die schwierige Zusammenarbeit bis hin zu Blockaden. Jedenfalls kann man jetzt wenigstens seine Meinung frei äußern.

Albanien identifiziert sich u.a. über zwei Personen – die uns bekannte Mutter Teresa und Skanderbeg. (Skanderbeg, eigentlich Gjergj Kastrioti, ein albanischer Adeliger, lebte im 15. Jahrhundert. Albanien war damals dem Osmanischen Reich angeschlossen, Skanderbeg befreite das Land von den Osmanen, wandte sich dann der Republik Venedig, später dem Königreich Neapel zu.)

Für September 2020 plant die UOKG einen Kongreß als Tribunal mit dem Thema Zwangsarbeit durch politische Häftlinge in DDR-Gefängnissen. Dazu habe ich unter den Kongreß-Teilnehmern ein Informationspapier verteilt mit der Bitte, daß sich ausländische politische Zwangsarbeiter als Akteure dazu melden mögen.



Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in Shkodra.



Ein-Mann-Bunker mit Blumenkorb.

Fotos: Sybille Krägel

Einladung zum Frauenkongreß nach Hoheneck

Eines der schlimmsten Wahrzeichen der SED-Diktatur, das Frauenzuchthaus Hoheneck, wird zur Gedenkstätte. Zu danken ist dies dem Engagement vieler ehemaliger Hoheneckerinnen und der Stadt Stollberg. Die Gedenkstätte soll zukünftig über politisch verfolgte Frauen berichten.

Einen ersten Anfang macht die Gedenkstätte in Kooperation mit der UOKG mit dem dreitägigen Kongreß „Nach 30 Jahren das Schweigen brechen – politisch verfolgte Frauen in der SBZ/DDR“ vom 1. bis 3. Mai 2020. Zur Sprache sollen die vielfachen Repressionen kommen, von denen Frauen betroffen waren – und die teilweise bis heute weiterwirken. Die Vorträge werden begleitet durch Statements von Zeitzeugen und Gesprächsangebote. Aber auch zum Gedenken und Nachdenken soll genügend Zeit bleiben. Wir erwarten Gäste aus Bund und Ländern, u.a. den Ministerpräsidenten von Sachsen, Michael Kretschmer, und Marcel Schmidt, den Oberbürgermeister von Stollberg.

Das Programm in der aktuellen Planung:

Freitag, 1. Mai

Tagungsort: Gedenkstätte ehem. Frauenzuchthaus Hoheneck (Phänomenia)

19.00 Uhr: Kranzniederlegung am Gedenkstein

19.45 Uhr: Begrüßung und Grußworte

20.00 Uhr: „...da draußen fliegt die Zeit vorbei...“

Texte und Filmsequenzen zur politischen Verfolgung von Frauen in der SBZ/DDR, u.a. mit Alexandra Pohlmeier

Sonnabend, 2. Mai

Tagungsort: Stollberg, Bürgerhaus
Vorträge, Diskussionen und Zeitzeugenberichte zu folgenden Themen:

10.00 Uhr: Frauen als Opfer von Deportationen und Sippenhaft, Frauen als unbekannt Partnerinnen politisch Verfolgter (u.a. Sibylle Dreher, Margot Jann)

11.00 Uhr: Frauen in politischer Haft, Sibylle Plogstedt, Publizistin

11.45 Uhr: Frauen im Widerstand, Dr. Katharina Lenski, Magdeburg (angefragt)

13.30 Uhr: Sexuelle Gewalt als Teil politischer Repressionen, Dr. Karl-Heinz Bomberg, Liedermacher, Autor und Arzt

14.30 Uhr: Auswirkungen politischer Haft in der DDR auf die Familien der Inhaftierten, Dr. Maya Böhm, Universität Leipzig

16.00 Uhr: Psychische Repressionsfolgen bei Frauen, Steffi Knorr, Diplompsychologin

16.45 Uhr: Zur sozialen Lage politisch verfolgter Frauen, Dr. Eva Schulze (angefragt)

17.30 Uhr: Das Frauenforum – Forderungen der Frauen zu Aufarbeitung und Entschädigung, Konstanze Helber, Carla Ottmann

19.30 Uhr: Bettina Wegner im Konzert

Sonntag, 3. Mai

Tagungsort: Stollberg, St. Marienkirche; Bürgergarten

09:30 Uhr: Pater Raphael Bahrs, Pfarrer Lothar Gratowski – Ökumenische Andacht im Gedenken an Frauen als Opfer politischer Repression in der St. Marienkirche

10:30 Uhr: Abschlußveranstaltung mit Verabschiedung einer bundesweiten Resolution „Das Schweigen brechen – den Opfern helfen“ im Bürgergarten

Die Übernachtungen finden in Chemnitz, Hotel Dorinth statt. Zwischen Chemnitz und Stollberg wird ein Bustransfer eingerichtet. Verpflegung und Übernachtung sind im Preis inbegriffen. Am Sonnabend werden Führungen durch das ehemalige Frauengefängnis Hoheneck angeboten. Bitte nehmen Sie an den Führungen nicht unangemeldet teil.

Der Tagungsbeitrag beträgt einschließlich Verpflegung, Bustransfer und Übernachtung 40 Euro. In speziellen Einzelfällen können wir voraussichtlich einen Zuschuß zu den Fahrtkosten geben. Tagesgäste, die nur am Sonnabend teilnehmen wollen, können nur nach vorheriger Anmeldung berücksichtigt werden.

Bitte melden Sie sich mit Namen, Vornamen, Postadresse, Mailadresse, Telefon an unter kongress.hoheneck@uokg.de. Sie erhalten dann ausführliche Tagungsunterlagen.

Post an: Sandra Czech, Bundesgeschäftsstelle der UOKG e.V., Ruschestr. 103, Haus 1, 6. Etage, 10365 Berlin Lichtenberg 

Enthüllung einer Gedenktafel zu Ehren Wolfgang Ullmanns

(rhg) Auf Vorschlag des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ehrte das Land Berlin den Theologen, Politiker und Publizisten Wolfgang Ullmann (18.08.1929 – 30.07.2004) mit einer „Berliner Gedenktafel“. Die Enthüllung der Tafel fand am 9. Dezember 2019 in der Tieckstraße 17 in Berlin-Mitte statt, wo Wolfgang Ullmann von 1978/79 bis zu seinem Tode wohnte. Er zählt zu den Symbolfiguren des Epochenumbruchs 1989/90. Ab 1987 wirkte er am Sprachenkonvikt Berlin in einem der Zentren der oppositionellen Friedensar-

beit. Seit 1987 Mitglied der „Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Ausgrenzung“, war er im Herbst 1989 Mitbegründer von „Demokratie Jetzt“, einer der ersten Bürgerbewegungen.

Wolfgang Ullmann gehörte zu den Initiatoren des Zentralen Runden Tisches in der DDR, dessen Arbeit er als Persönlichkeit und vielseitiger Vermittler wesentlich prägte. Nach seiner Amtszeit als Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung Modrow gestaltete er als Abgeordneter von Bündnis 90 in der ersten

und letzten frei gewählten Volkskammer der DDR und schließlich im Deutschen Bundestag zudem die parlamentarische Arbeit im Transformationsprozeß mit. Nachdem er bereits am Runden Tisch an einer neuen Verfassung der DDR mitgearbeitet hatte, setzte er sich nach der deutschen Einheit in verschiedenen Kommissionen für eine gesamtdeutsche Verfassung ein.

Mit der Berliner Gedenktafel ehrt das Land Berlin seit 1985 Persönlichkeiten und erinnert an Ereignisse oder Institutionen, die zur kulturellen, politischen oder wissenschaftlichen Bedeutung Berlins beigetragen haben. Für die Umsetzung ist die Historische Kommission zu Berlin verantwortlich. 

Suchanzeige

Untersuchung der Folgen politischer Inhaftierung für Betroffene oder deren Kinder

Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Charité

Im Rahmen des Forschungsverbundes „Landschaften der Verfolgung“ werden Ursachen, Ausmaße und Auswirkungen politischer Haft in der ehemaligen DDR und SBZ erforscht. Der Verbund wird von mehreren Partnern getragen, die sich mit ihren unterschiedlichen Perspektiven in das Projekt einbringen. Folgende universitäre Forschungseinrichtungen sind am Vorhaben beteiligt: Das Institut für Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, die Fachbereiche Politikwissenschaften an der Universität Passau, die Charité Berlin sowie die Arbeitsgruppe Aufarbeitung und Recht an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

Folgende Gedenkstätten und Institutionen der DDR-Aufarbeitung sind Teil des Projekts: Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, das Menschenrechts-

zentrum Cottbus e.V., die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam sowie die Robert-Havemann-Gesellschaft. Der Bundesbeauftragte für Stasi-Unterlagen ist Kooperationspartner des Forschungsverbunds.

Das Teilprojekt der Charité führt eine repräsentative wissenschaftliche Studie zur Untersuchung der gesundheitlichen Folgen politischer Haft in der ehemaligen DDR und SBZ durch. Untersucht werden sollen mögliche körperliche und psychische Folgen der Haft. Dafür werden verschiedene Interviews und Tests durchgeführt und Fragebögen eingesetzt. Die Testung wird ca. vier Stunden dauern. Die erhobenen Daten werden entsprechend der neuen EU-Datenschutzrichtlinien streng vertraulich behandelt und ausschließlich in anonymisierter Form weiterverarbeitet.

Für die Studie werden ehemals politisch Inhaftierte der DDR oder Nachkommen von ehemals politisch Inhaftierten gesucht. Bei Anfahrt in die Charité können Reisekosten erstattet werden. Gerne kommen wir auch zu Ihnen.

Bei Interesse melden Sie sich bitte bei uns.

Ansprechpartner: Aline Voss, Psychologin, Tolou Maslahati, Psychologin

Studienleiter: Univ.-Prof. Dr. med. Dipl.-Psych. Isabella Heuser-Collier, Prof. Dr. Stefan Röpke

Tel. (030) 450 517 560, Fax (030) 450 751 756, E-Mail ddr-unrecht@charite.de, Adresse: Charité Universitätsmedizin Berlin, Campus Benjamin Franklin, Hindenburgdamm 30, 12203 Berlin

Nachtrag

In Freya Kliers Festrede am 9. Oktober im Gewandhaus Leipzig (Ausg. 9/2019, S. 6 ff.) war der Fall zu lesen, bei dem ein ehemaliger NVA-Offizier an einer Ostberliner Schule als Schulleiter mit „Drill und Subordination“ das Regiment führte. Freya Klier hatte keine Namen genannt.

Laut Tagesspiegel ist es damit inzwischen vorbei. Der Historiker und langjährige Mitarbeiter der Stasi-Unterlagenbehörde, Ilko-Sascha Kowalczyk konfrontierte die Berliner Bildungsministerin Sandra Scheeres (SPD) mit der Personalie, informierte auch mehrere Abgeordnete darüber und forderte von der Ministerin eine Erklärung über den Weg des Mannes vom NVA-Offizier zum Schulleiter.

Während der Historiker noch auf Antwort wartete, spitzte sich die Lage in der Schule zu: Nach einem spektakulären Fall von Vandalismus in einer der Schultoiletten, der durch Unmengen von Toilettenpapier gekennzeichnet war, rausgerissene Deckenplatten und Seifenspender, wollte Schulleiter Gert Blach der gesamten Schülerschaft das Toilettenpapier entziehen. Doch noch ehe diese ebenso drastische wie ungewöhnliche Maßnahme Ende

November 2019 greifen konnte, setzte Blach die Anweisung außer Kraft – auf Drängen der Schülervertretung, der Eltern und dann auch der Schulaufsicht.

Blach war zu einem Treffen mit dem Tagesspiegel sofort bereit. Er sei nicht „Polit-Offizier“ gewesen und auch nicht Offi-

zier, stellte er richtig, sondern zehn Jahre lang Unteroffizier, von 1975 bis 1985, in einer Brandenburger „Nachrichtenzentrale“, die er leitete. In dieser Zeit habe er das Abitur nachgeholt und anschließend an der Pädagogischen Hochschule Potsdam studiert, um Mathematik- und Physiklehrer zu werden.

Bundespräsident bei DDR-Bürgerrechtlern



Am 15. Januar, zum 30. Jahrestag der Stürmung der Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, besuchte der Bundespräsident (5.v.l.) das Archiv des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Er hielt eine Ansprache vor Bürgerrechtlern und ausgewählten Schülern. Es folgte eine Diskussionsrunde zum Thema „30 Jahre Friedliche Revolution und das Ende der Stasi“. Mit dabei der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski (2.v.l.).

Abschied

Günther Kossatz

Im Alter von 88 Jahren verstarb unser langjähriger Weggefährte Günther Kossatz. Der Verstorbene gehörte im Jahre 1990 zu den Gründungsmitgliedern unseres Vereins. Über Jahre vertrat er unseren Verein als Vorsitzender.

Wir sind Günther Kossatz sehr dankbar dafür, daß er durch sein unermüdetes Engagement die Entwicklung unseres Vereins maßgeblich geprägt hat. Hochachtung und Anerkennung bestimmen unsere Erinnerung an ihn. Unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme gelten seiner Familie.

Der Vorstand
und die Mitglieder der Initiativgruppe
Internierungslager Jamlitz e.V.

Harald Möller

Das Bautzen-Komitee trauert um Harald Möller, der am 4. Dezember im Alter von 91 Jahren verstorben ist. Harald Möller wurde 1948 mit 19 Jahren wegen angeblicher Spionage und antisowjetischer Propaganda zu zweimal 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und war bis 1956 in Bautzen inhaftiert. Nach seiner Entlassung lebte er in Hessen, wo er als Beamter tätig war. 1998 wurde er durch die Militärhauptstaatsanwaltschaft in Moskau vollständig rehabilitiert. Er trat 1992 dem Bautzen-Komitee bei und war von 2003 bis 2013 dessen Vorsitzender.

Wir werden ihn nicht vergessen.

Alex Latotzky,
Vorsitzender des Bautzen-Komitees

Dr. Hans-Joachim Gutschmidt

Den am 18. November 2019 in Kiel verstorbenen, aus Neuruppin stammenden Nephrologen Dr. Hans-Joachim Gutschmidt lernte ich 1969 im Kreiskrankenhaus Prenzlau kennen. Weil er sich an der Medizinischen Akademie Magdeburg geweigert hatte, in die SED einzutreten, wurde er dort im August 1968 entlassen. Von dieser „sozialistischen Hochschule“ wurden ihm die Habilitation und eine angestrebte Dozentur verwehrt. Auch im heimatlichen Bezirkskrankenhaus Neuruppin wurde er nicht beschäftigt, „weil die gesellschaftlichen Voraussetzungen zur Übernahme einer leitenden Funktion

im staatlichen Gesundheitswesen nicht vorhanden sind“.

Im Kreiskrankenhaus Prenzlau unter der Leitung von OMR Dr. Döring jedoch wurde fachliche Kompetenz sachfremden Erwägungen vorgezogen. 1969 wurde er als Chefarzt der neu aufzubauenden Dialyseabteilung eingestellt, die ab 1970 als erste entsprechende Fachabteilung im damaligen Bezirk Neubrandenburg voll funktionsfähig war. Durch seine damalige Tätigkeit erhöhte der fleißige, stets bescheiden auftretende Arzt das Ansehen der Prenzlauer Einrichtung.

Dr. Gutschmidt war Vater von vier Söhnen. Infolge der 1971 erfolgten Ehescheidung lebten zwei seiner Kinder nach der Ausreise seiner Frau im Westen. Er litt sehr unter der Trennung von seinen jüngsten Söhnen. Besuchsanträge in die Bundesrepublik wurden ständig abgelehnt. So entschloß er sich zwei Jahre später zur Republikflucht, die Ende November 1973 mißlang. Im Mai 1974 wurde er vom Bezirksgericht Neubrandenburg zu einer Haftstrafe von sechs Jahren verurteilt und erlitt während der Verkündung der Strafe einen Herzinfarkt. Als Strafgefangener Nr. 105190 befand er sich in der Haftanstalt Brandenburg und erreichte in einer Berufung die Herabsetzung des Strafmaßes auf viereinhalb Jahre. Im Dezember 1976 wurde er in die Bundesrepublik entlassen.

Dort fand er seine Traumstelle, zunächst als Oberarzt in der Abteilung für internistische Intensivmedizin und Dialyse des Städtischen Krankenhauses in Kiel. 1989 avancierte er dort zum Chefarzt und arbeitete bis zum Erreichen des Rentenalters 1999. Als Zeitzeuge hat er sich stets bemüht, besonders Gymnasiasten seine Erfahrungen in der DDR zu vermitteln.

Dr. Heinz Schneider

Manfred Stolpe

Manfred Stolpe, der erste Ministerpräsident des Landes Brandenburg nach der Friedlichen Revolution, hat die Entwicklung des Landes maßgeblich geprägt. Er war ein politischer Mensch, der von vielen vor und nach 1989 als Vertreter ihrer Interessen wahrgenommen wurde. In zahlreichen Nachrufen wird er als Sachwalter ostdeutscher Interessen gewürdigt. Seine umstrittenen Kontakte zum Staatssicherheitsdienst der DDR und sein Umgang nach 1989 mit seiner Verstrickung als Kirchenfunktionär in den Macht- und Sicherheitsapparat der Diktatur haben jedoch

die Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur im Land Brandenburg verzögert. Die späte Einrichtung einer Aufarbeitungsbehörde, die anfangs geringe Unterstützung für Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen und für diejenigen, die in der SBZ/DDR Unrecht erleben mußten, sind neben seinen unbestrittenen Verdiensten zu nennen.

Maria Nooke

Sonderförderung

(ba) Aus Anlaß des 30. Jahrestages der Wiedervereinigung hat die Bundesstiftung Aufarbeitung das Sonderförderprogramm „30 Jahre deutsche Einheit“ ausgeschrieben. In dessen Rahmen können bis zum **2. März 2020** Anträge auf Förderung von Veranstaltungsprojekten gestellt werden, die im 2. Halbjahr 2020 stattfinden sollen.

Ausführliche Informationen zu den inhaltlichen Schwerpunkten sowie den Antragsmodalitäten des Sonderförderprogramms „30 Jahre deutsche Einheit“ sind zu finden unter:

www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/sonderfoerderung2020

Malchow 2020

1. Internes Jahrestreffen im Kloster-Café am **2. Juli 2020 um 14.00 Uhr** in Malchow in den Klostergebäuden (Die Teilnehmer erhalten eine gesonderte Einladung.)

2. Öffentliches Gedenken der Opfer am **3. Juli 2020 um 11.45 Uhr** am Gedenkstein in der Gartenstraße vor der ehemaligen Villa Blanck (jetzt Familie Halbig)

Horst und Jutta Vau

Neue Webseite

Die neue offizielle Webseite der Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck ist seit Ende Oktober online: <https://www.gedenkstaette-hoheneck.de/>

Für Rückfragen und Anmerkungen steht Bianca Eichhorn zur Verfügung:

Tel. (03 72 96) 44 04 16, Fax (03 72 96) 44 04 50 E-Mail b.eichhorn@stollberg-erzgebirge.de

Die langen Schatten der Stasi

Längst wurde es Zeit, daß eine „Zielperson“ der Stasi Gespräche mit ihren einstigen „Bearbeitern“ dokumentiert. Dr. Edmund Käbisch, ehemaliger Dompfarrer von Zwickau, ist das gelungen. Er war eine derartige Zielperson – immer ein Mann der Kirche, von SED & Co. jedoch zugleich als Feind betrachtet. Nach 1989 kontaktierte er etliche ihm bekannte Satrapen des DDR-Systems, um herauszufinden, was sie fühlten und dachten, während sie Kirchenmitglieder drangsalierten. Und Käbisch schrieb es auf, mit Einverständnis seiner Gesprächspartner.

Herausgekommen ist ein spannendes Buch, das auf viele Aspekte rund um den Terrorapparat der Stasi ein neues Licht wirft, auf seine Strukturen und Mitarbeiterprofile. „Von oben nach unten“-dieses Prinzip der Befehlsgebung und Richtungsweisung im SED-Staat wird am Beispiel von Karl-Marx-Stadt (heute wieder Chemnitz) und Zwickau deutlich.

Käbisch zeigt, wie der Machtapparat vertikal funktionierte – von der Kirchenabteilung HA XX/4 in der Berliner MfS-Zentrale über die Kirchenabteilung der Bezirksverwaltung bis zum entsprechenden Referat auf Zwickauer Kreisebene sowie analog die Parteigliederung. Erfahren läßt sich, welche Rolle die Kirchen im kommunistischen Staat spielten, worin sich die DDR im System der kommunistischen Staaten unterschied und was das vor allem für die Menschen auf Seiten der Kirche bedeutete, auf Seiten des Staates und auf Seiten derer, die sich dazwischen angesiedelt sahen.

Die Kirchenpolitik der SED war nicht nur für die Kirchen schwer zu durchschauen, sogar das MfS hatte damit seine Mühe. Wie sollte etwa ein MfS-Mann verstehen, daß Pfarrer zeitweise nicht als IM (vulgo Spitzel) angeworben werden, ja im Normalfall auch nicht inhaftiert werden durften? Was sollte man davon halten, daß ein Kirchenmitglied wegen eines bei der SED mißliebigen Buches inhaftiert wurde – der Pfarrer jedoch, der es ihm geliehen hatte, straffrei blieb. „Zuckerbrot und Peitsche“ – beides paßte im Verständnis der Stasi wohl zusammen.

In verdienstvoller Weise beleuchtet Käbischs Buch die Widersprüchlichkeit der Kirchenpolitik, wie sie die SED praktizierte. Einerseits wurden Mitglieder der Kirchen mit der „weißen Folter“ (= Zersetzung) und dem Vorwurf der

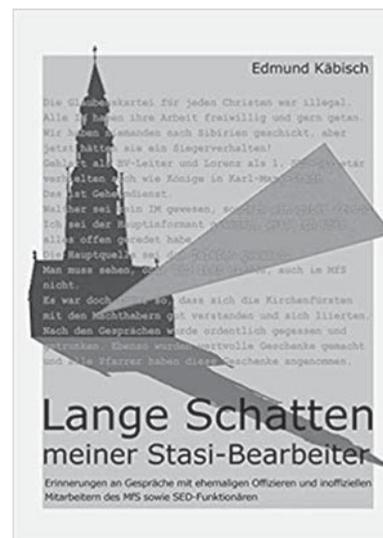
„staatsfeindlichen Hetze“ überzogen, andererseits akzeptierte dieser Staat das Kirchenasyl, etwa bei Ausreise-Antragstellern. Für ihre Spitzel unter kirchlichen Mitarbeitern finanzierte die Stasi durchaus auch schon einmal ein Hochzeitsessen oder eine Urlaubsreise für die ganze Familie. Der Unterschied zwischen der IM-Verpflichtung und dem Status des „wertvollen Menschen“ bzw. des „guten Menschen“ (GM) dürfte in vielen Fällen nicht groß gewesen sein.

Neben leitenden kirchlichen Mitarbeitern wie dem kürzlich verstorbenen Manfred Stolpe oder SED-Funktionären wie Günther Zöphel werden Stasi-Personen exemplarisch ins Bild gesetzt. MfS-Bezirkschef Siegfried Gehlert, die KD-Chefs (KD = Kreisdienststelle) Ludwig Springer und Johannes Nagel und andere Stasi-Leute wie Peter Eichler oder Steffen Klemm werden in kurzen Dossiers vorgestellt. Dafür war dem Autor die 1991 in Chemnitz veröffentlichte Broschüre „Jetzt erst Recht“ von Nutzen.

Aufschlußreich ist die Frage, wie die Stasi-Bearbeiter Käbischs ihre Arbeit von damals heute bewerten. Da die Gesprächspartner im wesentlichen ähnlich argumentierten, ist die Bilanz niederdrückend. Keiner versuchte sich allgemein oder sogar persönlich zu entschuldigen. Alle beriefen sich auf Befehlsnotstand. Sie fühlten sich von der SED-Führung in Berlin verraten, von der Sowjetunion im Stich gelassen. Alle gaben vor, an einen Dienst für den Frieden („Erhaltung des Weltfriedens“) geglaubt zu haben. Alle bekundeten, sich als positiven Gegenpart der NS-Verbrecher gefühlt zu haben.

Keiner stellte die Legitimität der Machtausübung durch die SED in Frage. Einige räumten ein, sie hätten „teilweise“ die falschen Leute verfolgt, also: Menschen, die den Staat (den „Sozialismus“) verbessern wollten. Diese hätte man nicht einsperren sollen, sondern integrieren. Es drängt sich der Eindruck auf, daß ihre Oberen, also Mielke, Großmann usw. einen realistischen Blick hatten als ihre Untergebenen auf Bezirks- und Kreisebene.

Die wichtigste Frage aber überhaupt, mit welchem Recht die SED Macht ausübte – schließlich geschah dies ohne Mandat – brachte der Bürgerrechtler Dr. Martin Böttger ins Gespräch. Von Käbischs SED-Gesprächspartnern kam dazu nichts, kein Versuch der Erklärung. Günter („un-



Edmund Käbisch: *Lange Schatten meiner Stasi-Bearbeiter. Erinnerungen an Gespräche mit ehemaligen Offizieren und inoffiziellen Mitarbeitern des MfS sowie SED-Funktionären*, Editions La Colombe, Moers 2019, 452 S., 25,- €

verzüglich, sofort“) Schabowski war der einzige Spitzenfunktionär, der diese Frage überhaupt akzeptierte und sich ihr in einer Podiumsdiskussion stellte.

Neben den Gesprächsinhalten enthält das Buch eine Vielzahl von Informationen, die spezifisch für den Bezirk Karl-Marx-Stadt sind, zum Beispiel die politische Bedeutung des Mormonentempels in Freiberg, IM ohne Verpflichtungserklärung, der IM „Jens Peter“ (den man vor allem in Berlin kennt), Berichte über Ärzte als MfS-Spitzel am Beispiel des Zwickauer IM „Georg“, die Peter-Wetzig-Schiene (Freikauf von Häftlingen).

Käbisch bringt einen interessanten Gedanken in die aktuelle Diskussion ein: Sind heutige Migranten sinnvoll vergleichbar den A-Leuten von damals? A-Leute waren die Antragsteller auf Ausreise in den Westen. Käbisch ist Wissenschaftler, Politiker und Pfarrer. Hier spricht wohl mehr der Pfarrer als der Politiker oder der Wissenschaftler aus Käbisch.

Sehr hilfreich ist ein ausführliches Personenverzeichnis. Man kann also sofort sehen, an welchen Stellen im Buch der Fall der mutigen Sabine Popp beschrieben, die großartige Freiburgerin Melanie Weber erwähnt ist. Im Vorwort nennt Roland Jahn, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, das Buch einen Beitrag zur Erkenntnis. Dem ist voll zuzustimmen.

Bernd Lippmann

Bulgarien – Ein Fluchtweg, der eine Sackgasse war

Wer die DDR verlassen wollte, hatte die Wahl zwischen einem Ausreiseantrag und einem Fluchtversuch. Beides erforderte Mut – im Hinblick auf die Konsequenzen eigentlich Übermut. Fast alles hatte man in die Waagschale zu werfen – bis hin zum eigenen Leben – ohne zu wissen, ob, wann und wie man sein Ziel erreichte. Da eine Flucht über die innerdeutsche Grenze fast aussichtslos war, erschienen die wenigen Länder, die man bereisen durfte und eine Grenze zum Westen hatten, als Alternative. Im Gegensatz zur innerdeutschen Grenze lagen über die Grenzregime dieser Länder kaum Informationen vor. Man spekulierte

und mutmaßte; ging davon aus, daß diese Länder ihre Grenzen nicht so perfekt abgesichert hätten. Das galt vor allem für das fast schon mediterrane Bulgarien.

Auch nach dem Ende des Kommunismus war lange kaum etwas über die Geschehnisse an der „verlängerten Mauer“ der anderen Ostblockstaaten bekannt. Das änderte sich erst mit den Forschungen von Stefan Appellius. Über zehn Jahre recherchierte er in den Archiven und

befragte Zeitzeugen. Nun sind die Ergebnisse seiner Recherchen in einer Studienreihe des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin erschienen.

Appellius hat eine chronologische Darstellung gewählt. Sie beginnt nach dem Bau der Mauer in der DDR und endet mit deren Fall. Dazwischen hat der Politikwissenschaftler das Schicksal von 1000 Flüchtlingen rekonstruiert; 20 von ihnen verloren ihr Leben. Sie waren meist sehr jung, denn jugendlicher Leichtsinns vermag, Gefahren zu ignorieren. Ein großer Teil des Buches ist ihren Geschichten gewidmet.

Auf der anderen Seite ihre Jäger – Mitarbeiter der Staatssicherheit, die in Bulgarien ihren Dienst verrichteten. In der DDR-Botschaft, dem Reisebüro der DDR oder eigenen Operativgruppen. Appellius

beschreibt ihre Aktivitäten, nennt Decknamen und Dienstgrade und macht biographische Angaben, soweit es ihre Kaderakten hergeben. Manche konnte er befragen. Man kennt das: Entweder sie wußten von nichts, streiten die Beteiligung an der Verfolgung ab oder rechtfertigen sie. Die Gnadenlosigkeit und Beflis-senheit dieses Apparates macht auch im nachhinein traurig.

Sie wurde noch übertroffen durch das Agieren der bulgarischen Grenztruppen. Mehrere vom Autor recherchierte Beispiele legen nahe, daß es sich bei den Tötungen im Grenzgebiet häufig um regelrechte Hinrichtungen handelte. Meist wurden die Getöteten an Ort und Stelle begraben, so daß die Angehörigen nicht einmal die Gräber ihrer Kinder besuchen konnten. Erst 1975 trafen die DDR und Bulgarien eine Regelung, daß die Opfer „unter Beachtung der hygienischen Bestimmungen entweder überführt oder auf einem öffentlichen Friedhof der Volksrepublik Bulgarien beigesetzt werden“ konnten. Wie mit den verzweifelten Eltern umgegangen wurde, die nach dem Verbleib ihrer Kinder forschten, ist bereits hinreichend, um sich über die Wesensart dieses Regimes klarzuwerden.

Das vorletzte deutsche Todesopfer an der bulgarischen Grenze war der 26jährige Frank Schachtschneider, dem bulgarische Grenzer am 19. August 1988 im Grenzgebiet mit einem Gewehrkolben den Schädel zerschmetterten. Er starb wenige Tage später in einem Krankenhaus in Bourgas. Appellius zitiert die hanebüchene Beschreibung des Tathergangs. Die offensichtlich falschen Darstellungen waren kein Anlaß für die Vertreter der DDR nachzuhaken. Der Schwerpunkt lag auch bei diesem Fall auf der Überwachung der Angehörigen und der „Absicherung“ der Beerdigung, die genau ein Jahr vor dem Mauerfall auf dem evangelischen Friedhof in Berlin-Köpenick stattfand. Der Pastor, der Schachtschneider nicht nur beerdigte sondern auch getauft hatte, bezeichnete den Ermordeten bei der Beerdigung als „Grenzverletzer“ und hielt ihn im Gespräch mit dem Autor auch rückblickend für einen „Wirtschaftsflüchtling“.

Die Namen der Ermordeten, deren Schicksal Stefan Appellius zumindest in Ansätzen aufklären konnte, sind im Buch aufgelistet. Die schwierige Quellenlage und die überwiegende Unzugänglichkeit der



Stefan Appellius: *Fluchtweg Bulgarien. Die verlängerte Mauer an den Grenzen zur Türkei, Jugoslawien und Griechenland*, Peter Lang Verlag, Berlin 2019, 447 Seiten, 44,95 €

Veranstaltungen

17.2. (Mo), 18.30 Uhr:

Schattenspiel. Pfarrer Echart Giebeler zwischen Kirche, Staat und Stasi, Buchvorstellung mit Dr. Maria Nooke, LAKD Brandenburg, Dr. Marianne Subklew-Jeutner, Autorin, Eckart Hübener, ehem. politischer Gefangener in Brandenburg-Görden, Johannes Drews, katholischer Gefängnisseelsorger i.R., Cornelia Radeke-Engst, Förderverein Dom zu Brandenburg; Ort: Dom zu Brandenburg, Sommerrefektorium, Burghof 10, 14776 Brandenburg a. d. Havel

18.2. (Di), 18.00 Uhr:

Die bröckelnde Festung, Gabriele Stötzer, Schriftstellerin und Künstlerin, stellt ihr autobiographisches Werk vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

26.2. (Mi), 18.00 Uhr:

In mir steckt ein Schrei. Zwei Liedermacher, ein Konzert, mit Karl-Heinz Bomberg und Stephan Krawczyk; Ort: DDR-Museum, Besucherzentrum, Sankt-Wolfgang-Str. 2, 10178 Berlin

3.3. (Di), 18.00 Uhr:

Ich hatte gehofft, wir können fliegen. Auf den Spuren des letzten Mauertoten Winfried Freudenberg, Caroline Labusch, Autorin, stellt multimedial die Recherche zu ihrem Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

7.3. (Sa), 10.00–18.00 Uhr:

Tag der offenen Tür im Rahmen des 10. Tages der Archive „Kommunikation – von der Depesche bis zum Tweet“, 11.00 Uhr Vortrag „Das Gedächtnis der Staatssicherheit. Aufgaben, Entwicklung und Personal der Kartei- und Archivabteilung des MfS“, Ref. Dr. Philipp Springer, BStU; Veranstaltung der BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

12.3. (Do), 11.00–20.00 Uhr:

Tagung **„1990-2020: Transformationsprozesse in Deutschland und Ostmitteleuropa – Bilanz und Perspektiven“**; Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund, Mohrenstr. 64, 10117 Berlin; Anmeldung bitte bis 10. März unter E-Mail heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de oder Tel. (030) 88 412-254

12.3. (Do), 18.00 Uhr:

Die DDR im Blick der Stasi 1989. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Ref. Prof. Dr. Daniela Münkler, BStU, als Podiumsgäste Dr. Martin Stief, BStU, Rai-



ner Müller, Historiker u. Zeitzeuge, Mod. Dagmar Hovestädt; Veranstaltung der BStU Außenstelle Leipzig u.a. im Rahmen der Leipziger Buchmesse; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

12.3. (Do), 19.30 Uhr:

Stellt die Bürger ruhig. Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle-Bitterfeld, Ref. Dr. Martin Stief, BStU, als Podiumsgäste Walter Christian Steinbach u. Gisela Kallenbach, Zeitzeugen, Mod. Dagmar Hovestädt, BStU; Veranstaltung der BStU Außenstelle Leipzig u.a. im Rahmen der Leipziger Buchmesse; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

13.3. (Fr), 18.00 Uhr:

Der Blick der Staatssicherheit. Fotografien aus dem Archiv des MfS, Ref. Dr. Philipp Springer, BStU, Mod. Lutz Stellmacher, Sandstein Verlag; Veranstaltung des Sandstein Verlages u.a. im Rahmen der Leipziger Buchmesse; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

13.3. (Fr), 19.30 Uhr:

Spione im Zentrum der Macht. Wie die Stasi alle Regierungen seit Adenauer bespitzelt hat, Ref. Heribert Schwan, Autor, Mod. Elisabeth Kohlhaas, DIZ Torgau; Veranstaltung des Heyne Verlags u.a. im Rahmen der Leipziger Buchmesse; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

14.3. (Sa), 18.00 Uhr:

Charité 91. Schritte in eine neue Zeit, Ref. Hans Wolfgang Kölmel, Autor; Veranstaltung des Osburg Verlages u.a. im Rahmen der Leipziger Buchmesse; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

14.3. (Sa), 19.30 Uhr:

Mut zum Protest. Erfahrungen von DDR-Zeitzeugen, Ref. Aleksandra Majzlic, Autorin, Podiumsgast Monika Lembke, Zeitzeugin; Veranstaltung des zu Klampen! Verlages u.a. im Rahmen der Leipziger Buchmesse; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

17.3. (Di), 18.00 Uhr:

Igor Janke – Twierdza – Die Festung. Die Kämpfende Solidarność. Innenansichten aus Polens antikommunistischer Untergrundorganisation, Dr. Hanna Labrenz-Weiss, BStU, stellt das von ihr übersetzte, bearbeitete und herausgegebene Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

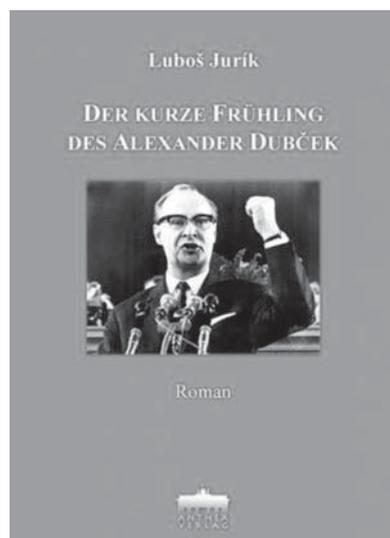
Archive wie auch der damaligen Akteure in Bulgarien machten für seine Recherchen nicht nur wissenschaftliche, sondern auch investigative Vorgehensweisen notwendig. Mit einem sorgfältigen Lektorat hätte man diesem verdienstvollen Werk besser gerecht werden können. Die zahlreichen Fehler im Text sind ärgerlich.

Henry Krause

Der kurze Frühling

(VT) Der Prosaschriftsteller Luboš Jurík hat sich der nicht einfachen Aufgabe gestellt, die Lebensgeschichte des Politikers Dubček, der ursprünglich genau dem Klischee eines kommunistischen Funktionärs entsprach, in ein Buch zu gießen.

Jurík wählt dafür das literarische Genre des politischen Romans, in dem sich die Beschreibung der Fakten mit literarischer Fiktion überschneidet. Er konzipierte den Roman als Dubčeks Erzählung in der ersten Person. Sein Dialogpartner ist der Arzt im Krankenhaus, in dem sich der Po-



.....
Luboš Jurík: Der kurze Frühling des Alexander Dubček, Roman, Anthea Verlag, Berlin 2019, 600 S., 16,90 €; bei Bezug über den Verlag (Anthea Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, E-Mail info@anthea-verlag.de) erhalten Stacheldraht-Leser 30% Rabatt, zuzügl. Porto

litiker nach seinem schweren Autounfall befindet. Dieser Arzt setzt Dubčeks Meinungen seine eigene Stimme entgegen.

Ein Roman, der besonders dem deutschen Leser eine Vielzahl neuer Erkenntnisse zum Thema Prager Frühling vermittelt – und sehr spannend geschrieben ist.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im März Geburtstag haben

Heinz Wulff am 1. März, Rudolf Hannebauer, Erich Kirsch, Helma v. Nerée am 2. März, Werner Röseberg am 4. März, Manfred Smala am 5. März, Erwin Wüst am 12. März, Wolfgang Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Reinhard Dobrinski, Gert Hoppe am 18. März, Manfred Malmström, Edith Schulz am 21. März, Wolfgang Schuranski, Peter Stimming am 23. März, Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Gisela Grothe am 26. März, Joachim Nitsch, Gerd Sommerlatte am 27. März, Richard Schulze am 28. März, Hannelore Döring am 29. März

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Helmar Ahnert, Kathrin Arnold, Helmuth Astler, Othmar Ballmaier, Jürgen u. Christine Baumgart, Uwe Behne, Joachim Bergter, Hans-Jürgen Bestehorn,

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
 Mo–Fr, 14–16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Do, 12–19 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Dietmar Bettmann, Klaus Bohlken, Ulrich u. Gisela Egerer, Margita Eikenberg, Hannelore Enigk, David Enkhart, Dr. Wolf Erler, Astrid Fenske, Ursula Feustel, Peter Frenz, Dietmar Freudenreich, Horst Gnädig, Dr. Reinhard Gnauck, Rolf Granert, Kurt Große, Alexander Grow, Klaus Habenicht, Brigitte Hänsel, Volker Hanke, Dr. Wolfgang Hardegen, Hermine Hecker, Dr. Alfred Chr. Hermann, Theodor Hilbig, Hans-Jürgen Hübler, Gisela Jahn, Käthe Jahn, Frank Kermes, Helga Kiwitt, Reinhard Klar, Gerhard Knorr, Doris-Marianne Krause, Elfriede Kreyßig, Helga Kupte, Gerd Laudert, Rolf Leonhard, Gudrun Ingeborg Lindh, Angelika u. Ulrich Maedicke, Uwe Malcharek, Peter Menzel, Hilde Möller, Dr. Jens Nielsen, Horst u. Sieglinde Opitz, Rolf Petermann, Thomas Rademacher, Bernd Rottluff, Lothar Rühl, Norbert Schachnowski, Helga Scharf, Rita Schiller, Hans-Ulrich Schirmer, Günter Schlamp, Simone Schreiber, Anneliese Schubert, Horst Schultz, Ulrike Schultz, Manfred Schwiethal, Detlef Sens, Barbara Simon, Prof. Dr. Karin Sorger, Harald Steinke, Michael Striss, Christine Tecza, Karl-Wolf Tiebel, Ursula Timm, Karl-Heinz Ulrich, Dr. Van Tich Tran, Hans-Hermann Voss, Marianne Wachtmann, Matthias Wehner, Margarete Weise, Rosalinde Weller, Dr. Volker Wendland, Herbert Winter, Tobias Woitschützke, Konrad Ziller, Anneliese Zogbaum, Eberhard Zutz

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V.
(BSV) LV Berlin-Brandenburg
Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 25. Januar 2020

